

Glanz und Elend der deutschen Geschichte

Schlüsselergebnisse von 1946 bis 1988

Band 9

Das Märchen von Selbstbestimmung, Unabhängigkeit und historischer Wahrheit ...

Band 9/109

Entnazifizierung und Umerziehung der Deutschen

Niemand wird deinen Schaden lindern, und deine Wunde wird unheilbar sein. Alle, die das von dir hören, werden in die Hände klatschen über dich ...

Nahum 3, 19

Thomas Mann, seit 1938 im Exil in Nordamerika, berichtete am 27. September 1942 in einer BBC-Rundfunkansprache (für deutsche Hörer) über den Massenmord an den europäischen Juden (x106/188): >>... Nach den Informationen der polnischen Exilregierung sind alles in allem bereits 700.000 Juden von der Gestapo ermordet oder zu Tode gequält worden. ... Wißt ihr Deutsche daß? Und wie findet ihr es? ...

... Und da wundert ihr euch, ... daß die zivilisierte Welt beratschlagt, mit welchen Erziehungsmethoden aus den deutschen Generationen, deren Gehirne vom Nationalsozialismus geformt sind, aus moralisch völlig begriffslosen und mißgebildeten Killern also, Menschen zu machen sind?<<

Die "New York Times" forderte im Oktober 1944 drastische Entnazifizierungsmaßnahmen (x114/2.133): >>... Schuld und damit Verantwortung für Nazismus und Militarismus haben alle Deutschen.<<

Bei den "politischen Säuberungen" bzw. "Entnazifizierungen" in den Gebieten östlich der Oder-Neiße wurden in erster Linie alle "Kapitalisten" und die "Intelligenz" ausgeschaltet. Den sowjetischen Kampftruppen folgten regelmäßig NKWD-Geheimpolizisten. Die berüchtigten NKWD-Einheiten (ab 1946 = MWD), die man im Jahre 1944 dem sowjetischen Ministerium des Innern angegliedert hatte, richteten in allen größeren Gemeinden und Städten Kommandanturen ein.

Während der Verhöre oder "Gerichtsverhandlungen" wurden manche Angeklagte äußerst brutal gefoltert, um Geständnisse zu erpressen. Im allgemeinen mußte man folgende Standardfragen beantworten: "Du Nazi? SS? SA? HJ? BDM? Aktiver Soldat? Lebenslauf? Beruf?"

Falls "Kapitalisten" (Geschäftsleute und Gutsbesitzer) ihre verborgenen "Schätze" oder Warenlager nicht preisgeben wollten ("Wo Gold? Devisen? Dollar?"), erhielten sie spezielle Prügelrationen. Einige Häftlinge unterschrieben frühzeitig Geständnisse (Parteizugehörigkeit etc.), um weitere Mißhandlungen zu vermeiden oder weil sie Denunzianten fürchteten. Die Mehrheit wehrte sich jedoch zunächst hartnäckig gegen alle Schuldzuweisungen. Da viele Dolmetscher nur mangelhaft deutsch sprachen, ereigneten sich dauernd Mißverständnisse, die Unschuldigen das Leben kosteten oder Schuldigen die Freiheit schenkten.

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über die sowjetische "Entnazifizierung" in den Gebieten östlich von Oder und Neiße (x001/-

97E-98E): >>... Um einen Überblick über die Bevölkerungsverhältnisse zu gewinnen, hatten die nach dem Abschluß der Kampfhandlungen in den Städten und größeren Dörfern eingerichteten russischen Kommandanturen die Registrierung aller deutschen Einwohner angeordnet. Diese Registrierungen hatten jedoch noch einen anderen Zweck. Sie waren meist mit Befragungen und Verhören der einzelnen Deutschen verbunden und sollten alle nach Ansicht der Sowjets politisch verdächtigen und gefährlichen Elemente ausfindig machen, neben ehemaligen Mitgliedern der NSDAP, und ihrer verschiedenen Organisationen auch Volkssturmmänner sowie die ganze Gruppe der als "Kapitalisten" Bezeichneten.

Wurde dabei schon der Kreis der Verhafteten weit über das später in den Potsdamer Beschlüssen vorgesehene Maß ausgedehnt, so ließ sich die Behandlung der Verhafteten überhaupt nicht mehr rechtfertigen. Die in Gefängnissen und Lagern untergebrachten Verhafteten hatten, soweit sie nicht sofort nach Rußland deportiert wurden, unter fortgesetzten Verhören, zahlreichen Mißhandlungen und kärglichster Ernährung zu leiden. Im oberschlesischen Industriegebiet, wo die Zahl der Männer noch höher war als in anderen Gegenden, wurden die Verhöre und Verhaftungen aller irgendwie mit der NSDAP, verbundenen Deutschen, auch soweit es sich nur um formelle Mitglieder handelte, bereits eine Woche nach der Besetzung mit systematischer Gründlichkeit durchgeführt.

In den ländlichen Gegenden zogen sie sich dagegen meist durch die ganze Zeit der sowjetischen Militärverwaltung hin. Offensichtlich entartete die politische Säuberung, die "Entnazifizierung", unter den Händen der politischen Kommissare oft zu bloßen Rache- und Verfolgungsakten, die nur noch wenig mit Rechtsprozessen zu tun hatten. In vielen Fällen bildete sie lediglich den Vorwand für Aktionen ganz anderer Art, wie vor allem die Deportation, vielleicht sogar die bewußte Vernichtung bürgerlicher Schichten.

Besonders in den Wochen, die unmittelbar auf die Eroberung und Besetzung folgten, war die Behandlung der Deutschen durch die sowjetische Militärverwaltung in offenkundiger Weise von Vergeltungsgefühlen und der deutlichen Absicht zu einer mit europäischen Rechtsbegriffen unvereinbaren Erniedrigung der Beschuldigten geleitet. Da vielen Betroffenen die den Deutschen insgesamt zur Last gelegten Verbrechen der nationalsozialistischen Führung und Verwaltung in Rußland unbekannt geblieben waren, haben sie den kausalen Zusammenhang mit dem Vorhergegangenen nicht verstehen können.

Das gilt u.a. von der Art, mit der die russischen Besatzungsbehörden die deutsche Bevölkerung zum Arbeitseinsatz heranzogen.<<

Am 14. Mai 1945 befahl die französische Militärregierung, in der Nähe Freiburgs ein Konzentrationslager für deutsche politische Häftlinge zu errichten.

NKWD-Einheiten richteten Mitte Mai 1945 in Ketschendorf bei Fürstenwalde das "Speziallager Nr. 5" ein. In den folgenden Monaten wurden hier durchschnittlich ca. 6.000 Häftlinge aus Berlin und der Mark Brandenburg interniert (x126/52). Unter den Gefangenen waren viele Jugendliche (vermeintliche "Werwolf-Angehörige").

NKWD-Einheiten richteten Mitte Mai 1945 außerdem in Berlin-Hohenschönhausen das "Speziallager Nr. 4" ein. Hier wurden durchschnittlich ca. 2.000 Berliner Häftlinge interniert (x126/163).

Im Mai 1945 errichteten NKWD-Einheiten im Dorf Weesow (nordöstlich von Berlin) ein sowjetisches Internierungslager. Das Internierungslager Weesow wurde danach überwiegend als Durchgangslager genutzt (x126/168).

NKWD-Einheiten richteten danach Ende Mai 1945 in der ehemaligen Landesstrafanstalt Bautzen das "Speziallager Nr. 3" ein. Die deutschen Häftlinge kamen hauptsächlich aus den sowjetischen Internierungslagern Mühlberg, Torgau und dem NKWD-Gefängnis Magdeburg (x126/182).

Eine US-Informationsschrift berichtete im Juni 1945 über "Deutschland heute" (x114/2.93):

>>Nach sechs Jahren der Propaganda wirst du überrascht sein, wenn du zum erstenmal Deutsche siehst. Man hat so viel über sie gesprochen und gelesen, hat sie so sehr gehaßt, daß man geneigt ist zu glauben, sie seien anders als andere Menschen. Dies stimmt zwar, aber auf eine schwer erkennbare Weise.

So wie die deutschen Städte euch an Amerika erinnern mögen, so können euch auch die Menschen an Amerikaner denken lassen. Oberflächlich gesehen, können sich Deutsche und Amerikaner ähnlicher sehen, als etwa Franzosen oder Russen und Amerikaner.

Deutsche Tatkraft und deutscher Fleiß, deutscher Erfindergeist, deutsche Rohranlagen und Zentralheizungen ist für Deutschland typisch, aber Buchenwald war es auch. Deutsche Reinlichkeit ist typisch so sehr, daß man Seife aus menschlichen Körpern verfertigt hat. Deutsche Medizin ist so hoch entwickelt, daß sie Menschen als Experimentierobjekte zu verwenden lernte. Die Nazikunst schenkte der Welt Lampenschirme aus menschlicher Haut. So sind Amerikaner nicht!

Halte dein Mitleid zurück. Eine der wenigen Waffen, die den "kleinen" Deutschen geblieben ist, ist diejenige zu erreichen, daß sie uns leid tun. Da sind Kinder, die von einem Fuß auf den andern trappeln, wenn sie in der Kälte vor eurem Speisesaal herumstehen, zu höflich oder ängstlich, um zu betteln, aber in ihren Augen kann man den Hunger lesen. Da sind alte Männer und Frauen mit Handwägelchen, junge Mädchen in fadenscheinigen Kleidern. Das sind keine Nazis, wirst du sagen.

Es wird dir schwerfallen zu gestehen, daß diese Leute, so elend sie aussehen, viel besser dran sind als Tausende der Griechen, Polen und Holländer, die von ihnen versklavt worden sind. Diese "kleinen" Deutschen sind die gleichen Menschen, die sich Sklavenarbeit gefallen ließen und froh darüber waren. Noch leben viele Opfer der Nazi-Brutalität in Deutschland. Sprich mit einem Polen oder Franzosen oder Holländer, den man zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt hat, und er wird dir erzählen, wie ihn die "kleinen" Deutschen behandelt haben.

... Wir dürfen den Deutschen keineswegs glauben. Sie sind Meister in der Propaganda geworden. Nach 12 Jahren in Goebbels Lügenfabrik ist jeder Deutsche, dem du begegnest, ein Experte in all den Lügen, Halbwahrheiten und gemeinen Andeutungen, die er dir aufbindet, um dich alles glauben zu machen, was er will. Der Deutsche kennt seine Lügen auswendig. Seine Kanonen und seine Panzer kann man ihm wegnehmen, aber diese nicht. Die Denkfehler, die den Durchschnittsmenschen dazu geführt haben, die Heuchelei und Brutalität der Nazis anzunehmen, sind heute noch so stark wie vor der Niederlage. Dies ist eine der Waffen, die ihnen geblieben ist und gewissermaßen ist es auch die gefährlichste Waffe. ...

Vergiß nicht, Deutschland ist noch immer Feindesland.<<

Bischof Clemens August Graf von Galen (1878-1946, im Dezember 1945 vom Papst zum Kardinal ernannt, Beiname: "Löwe von Münster") erklärte am 1. Juli 1945 vor katholischen Pilgern (x268/44-45): >>... Es ist eine Verleugnung der Gerechtigkeit und der Liebe, wenn man uns alle, jeden deutschen Menschen, für mitschuldig an jenen Verbrechen und darum für strafwürdig erklärt.

Die unvermeidlichen Kriegsfolgen, das Leid um unsere Toten, um unsere zerstörten Städte, Wohnungen und Kirchen wollen wir annehmen und mit Gottes Hilfe geduldig tragen. Nicht aber ungerechte Beschuldigung und Bestrafung für Geschehnisse, unter deren Willkür, Ungerechtigkeit und Grausamkeit wir selbst durch lange Jahre geseufzt und schwer gelitten haben.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete später (am 11.06.2005) über den deutschen Bischof Clemens August Graf von Galen (x887/...): >>"Es ist Verleugnung der Gerechtigkeit und der Liebe"

Vehement wandte sich der "Löwe von Münster" gegen die Kollektivschuldthese

Wenn man heute es so darstellt, als ob das ganze deutsche Volk und jeder von uns sich schuldig gemacht habe durch die Greuelthaten, die von Mitgliedern unseres Volkes im Kriege begangen sind, dann ist das ungerecht. Wenn man sagt, das ganze deutsche Volk und jeder von uns sei mitschuldig an den Verbrechen, die in fremden Ländern und im deutschen Land, die vor allem in den Konzentrationslagern begangen sind, so ist das gegen viele von uns eine unwahre und ungerechte Beschuldigung ...

Es ist Verleugnung der Gerechtigkeit und der Liebe, wenn man uns alle, jeden deutschen Menschen, für mitschuldig an jenen Verbrechen und darum für strafwürdig erklärt ... Drum fort mit der unwahren Beschuldigung, die behauptet, alle Deutschen seien mitschuldig an den Schandtaten, die im Kriege geschehen sind, seien mitverantwortlich für die Greuelthaten in den Konzentrationslagern!"

Solche Worte, heute gesprochen, würden dem Verfasser den Ruf eintragen, er gehöre in die rechte Ecke und damit zu den Unanständigen. Dabei steht der Kardinal Clemens August Graf von Galen heute in hohem Ansehen - weniger wegen der Ansichten, die er am 1. Juli 1945 in Telgte vertreten hat und nicht nur hier, sondern in den darauf folgenden Monaten immer wieder, als wegen seines in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland mit Nachdruck in aller Öffentlichkeit erhobenen Protestes gegen Maßnahmen der damaligen Staatsführung.

Daß er genau so mannhaft und ohne Rücksicht auf sein persönliches Schicksal Ungerechtigkeiten, Grausamkeiten, Verbrechen der Sieger angeprangert hat, das ist heute weithin unbekannt. ...

Als die Plünderungen durch marodierende Fremdarbeiterbanden immer mehr zunehmen, mahnt von Galen den Chef der Militärregierung in Westfalen, daß die Sieger mit der Macht auch die Pflicht übernommen hätten, für die öffentliche Ordnung zu sorgen sowie Leben und Eigentum vor unnötiger Gewalttat, Zerstörung und Plünderung zu schützen. Er verlangt, die britische Besatzungsmacht solle nicht länger die Vergewaltigungen und Plünderungen der Fremdarbeiter dulden, und er kritisiert, daß auch amerikanische Soldaten "aus Übermut" plündern.

Einen Monat später schreibt er an den britischen Kommandanten: "Der Befehl Generals Eisenhowers, sich der Gewalttaten und Plünderungen zu enthalten, wird vielfach nicht beachtet. Fast täglich kommen an mich bittere Klagen aus verschiedenen Teilen des Bistums Münster über neue Gewalttaten, Morde, Ausschreitungen der freigelassenen Kriegsgefangenen und der Fremdarbeiter."

Am 1. Juli 1945 predigt der Bischof bei der Wallfahrt der Katholiken von Münster nach Telgte. Dabei beläßt er es nicht bei geistlichen Ermahnungen, sondern er beschäftigt sich wieder mit den Kollektivschuldvorwürfen gegen das deutsche Volk und mit den Gewalttaten umherziehender Banden von Fremdarbeitern. "Darum fort mit der unwahren Beschuldigung, die behauptet, alle Deutschen seien mitschuldig an den Schandtaten, die im Kriege geschehen sind, seien mitverantwortliche für die Greuelthaten in den Konzentrationslagern. Fort mit solch unwahrer und ungerechter Untermauerung einer Haltung, die es zuläßt, daß der Rest unserer Habe aus den durch Bomben zerstörten Wohnungen weggeschleppt, daß Häuser und Höfe auf dem Lande von bewaffneten Räuberbanden geplündert und verwüstet, daß wehrlose Männer ermordet, daß Frauen und Mädchen von vertierten Wüstlingen vergewaltigt werden."

Daraufhin wird er zur britischen Militärregierung zitiert. Der britische Oberst wirft ihm vor, er habe mit solchen Sätzen die Militärregierung vor dem deutschen Volke herabgesetzt und das Vertrauen zu ihr untergraben. Dadurch sei die angestrebte Erziehung des deutschen Volkes in Frage gestellt. Bischof von Galen bleibt bei seiner Haltung, erklärt vier Tage später lediglich, daß ihm die englische Militärregierung erklärt habe, sie sei "weit davon entfernt, sich in ihren Maßnahmen von Haß oder Rachsucht leiten zu lassen".

Im August 1945 schreibt der Bischof an Papst Pius XII. und schildert ihm die verzweifelte Lage Deutschlands - von den Kollektivbeschuldigungen über den Bruch der Genfer Konvention gegenüber den deutschen kriegsgefangenen Soldaten, über "rücksichtslose Vertreibung der Deutschen Bevölkerung aus Heimat und Besitz", über die Vertreibung der Deutschen aus Ostdeutschland. Und er warnt, daß dadurch der Boden bereitet werde für die "Siegeszukunft der bolschewistischen Ideen weit über die Grenzen der russischen Besatzungszone hinaus". ...

Am 16. März 1946 spricht er zum letzten Mal öffentlich in Münster. Die Ansprache wird vom Westdeutschen Rundfunk übertragen. Er sagte unter anderem: "Trotz der heldenmütigen Tapferkeit unserer Soldaten" sei "unser deutsches Vaterland" zusammengebrochen. "Trotzdem steht das, was unsere Soldaten in treuer Pflichterfüllung getan haben, immer und wird für alle Zeiten vor uns stehen, als ein Heldentum, als eine Treue und Gewissenhaftigkeit, die wir rühmen, die wir anerkennen. Das möchte ich vor allem den Soldaten sagen, die hier sind, und denen sagen, die noch nicht hier bei uns sind ..."

Am 22. März 1946 stirbt der Kardinal, nicht nur von den deutschen Katholiken betrauert. Er wird im Hohen Dom zu Münster beigesetzt.<<

Am 3. August 1945 ordnete die SMAD die "Demokratisierung" der mitteldeutschen Schulen an (x111/59): >>Die Rote Armee und die Armeen ihrer Verbündeten brachten dem deutschen Volke Frieden und Befreiung von der Hitler-Knechtschaft. Deutschland beschreitet die Bahn des Wiederaufbaus und der Errichtung eines antifaschistischen demokratischen Systems. ... Die Schule muß dem Einfluß des Faschismus und Militarismus entzogen werden und die großen Söhne des deutschen Volkes: Goethe und Schiller, Lessing und Heine, Liebknecht und Thälmann wieder ins Leben rufen.<<

US-General Eisenhower erklärte am 6. August 1945 während einer Ansprache an das deutsche Volk (x111/60): >>Unser Programm, den Nationalsozialismus auszumerzen, ist jetzt weit genug fortgeschritten, und die Zeit ist gekommen, um weitere Pläne für die amerikanische Besatzungszone Deutschlands zu machen. Nationalsozialismus und Militarismus in jeder Erscheinungsform werden ausgerottet. Kriegsverbrecher werden vor Gericht gestellt und der gerechten Strafe zugeführt. Deutschland wird vollkommen entwaffnet. Mit einem Wort: jede Möglichkeit, Krieg vorzubereiten, wird in Deutschland beseitigt.

Jedoch unsere Ziele sind nicht nur negativ. Es ist nicht unsere Absicht, das deutsche Volk zu demütigen. Wir werden Euch helfen, Euer Leben auf demokratischer Grundlage wieder aufzubauen. ...<<

Feldmarschall Montgomery berichtete am 6. August 1945 in einem Aufruf an die Bevölkerung der britischen Besatzungszone (x111/60): >>Die Alliierten sind dabei, die vollständige Entwaffnung und Entmilitarisierung Deutschlands sowie die endgültige Austilgung der Nazi-Partei und ihrer angeschlossenen Verbände restlos zu verwirklichen. ...<<

NKWD-Einheiten übernahmen am 12. August 1945 das ehemalige NS-Konzentrationslager Buchenwald bei Weimar. Im "Speziallager Nr. 2" wurden zunächst Häftlinge aus den NKWD-Gefängnissen Weimar, Erfurt, Jena und Arnstadt interniert (x126/172).

Walter Ulbricht berichtete später über die Internierung von Sozialdemokraten und anderen politischen Gegnern (x111/69): >>... Die Gegner der Einheitsbewegung wurden isoliert.<<

Am 16. August 1945 wurde das sowjetische Internierungslager Weesow aufgelöst. Das sowjetische Internierungslager Weesow durchliefen ca. 10.000 deutsche Häftlinge. Von Mai bis August 1945 starben dort etwa 1.000 Häftlinge (x126/168). Die letzten 2.000 Häftlinge mußten zu Fuß in das ehemalige KZ Sachsenhausen marschieren.

In Mitteldeutschland erließ die SMAD am 27. August 1945 einen Befehl über die Entmilitarisierung und Entnazifizierung. Sämtliche Wehrmachtsoffiziere, ehemalige SS-, SA-, Gestapo- und NSDAP-Mitglieder mußten sich gemäß SMAD-Befehl Nr. 42 einer "Registrierung" unterziehen. Viele wurden im Verlauf dieser Massenregistrierung verhaftet und kurzerhand als

"Kriegsgefangene" oder "Kriegsverbrecher" in die Sowjetunion verschleppt (x111/68). NKWD-Einheiten übernahmen im September 1945 das ehemalige "Juden-KZ" Jamlitz bei Lieberose. Im sowjetischen Internierungslager Jamlitz wurden später ca. 6.000 deutsche Häftlinge in 8 Barackenkomplexen interniert (x126/74).

NKWD-Einheiten übernahmen im September 1945 außerdem das ehemalige NS-Kriegsgefangenenlager "Stalag IV B" auf der Mühlberger Flur (nördlich von Riesa). Das Lager Mühlberg bestand aus ca. 60 Holzbaracken. Im sowjetischen "Speziallager Nr. 1" wurden später durchschnittlich 12.000 deutsche Häftlinge interniert (x126/111).

Die britische Militärregierung veröffentlichte am 22. November 1945 folgende "Anweisung über Erziehung, Jugendpflege und deutsche kirchliche Angelegenheiten" (x117/84): >>... Jeder Unterricht in irgendeinem Fach (ist) verboten, ... wodurch ... der Militarismus verherrlicht wird, die Lehren des Nationalsozialismus verbreitet, erneuert oder entschuldigt werden oder wodurch die Leistungen nationalsozialistischer Führer gepriesen werden; ... eine Politik der unterschiedlichen Behandlung aus Gründen der Rasse, Farbe, politischen Anschauung oder Religion begünstigt wird; Feindschaft gegen irgendeine Nation erzeugt oder internationale Uneinigkeit geschaffen werden kann, oder ... Krieg, Mobilmachung oder Vorbereitung zu Krieg ... erläutert oder das Studium von militärischer Erdkunde oder Kriegsgeschichte gefördert wird.<<

Papst Pius XII. warnte am 20. Februar 1946 vor dem Vorwurf der Kollektivschuld (x268/44): >>... Es gehen verhängnisvolle Irrtümer um, die einen Menschen für schuldig und verantwortlich erklären nur deshalb, weil er Glied oder Teil irgendeiner Gemeinschaft ist, ohne daß man sich die Mühe nimmt, nachzufragen und nachzuforschen, ob bei ihm wirklich eine persönliche Tat- oder Unterlassungsschuld vorliege.<<

Die Besatzungsbehörden der Siegermächte verstärkten am 5. März 1946 ihre Entnazifizierungsmaßnahmen (Gesetz Nr. 104 "zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus").

In dem "Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus" vom 5. März 1946 hieß es (x114/2.141): >>Artikel 1 (1) Zur Befreiung unseres Volkes von Nationalsozialismus und Militarismus und zur dauernden Befriedung werden alle, die sich durch Verstöße gegen die Grundsätze der Gerechtigkeit und Menschlichkeit oder durch eigensüchtige Ausnutzung der dadurch geschaffenen Zustände verantwortlich gemacht haben, von der Einflußnahme auf das öffentliche, wirtschaftliche und kulturelle Leben ausgeschlossen und zur Wiedergutmachung verpflichtet.

(2) Wer verantwortlich ist, wird zur Rechenschaft gezogen. Zugleich wird jedem Gelegenheit zur Rechtfertigung gegeben. ...<<

In der nordamerikanischen Zone wurden später fast 13 Millionen Fragebögen ausgefüllt und geprüft (x092/938). Der Fragebogen enthielt 133 Fragen (Lebenslauf, Beruf, politische Vergangenheit usw.) und mußte von allen Deutschen, die älter als 18 Jahre waren, ausgefüllt werden. Die deutsche Bevölkerung wurde damals in Hauptschuldige, Belastete, Minderbelastete, Mitläufer und Entlastete aufgeteilt.

Ein FDJ-Funktionär rechtfertigte am 8. Juni 1946 während einer Veranstaltung in Brandenburg an der Havel die Einbeziehung von christlichen Jugendlichen in die FDJ (x111/177): >>... Ihr seid ja dumm, wir müssen die Kirchen erst an uns ziehen, um so leichter können wir ihnen den Schnorchel umdrehen!<<

Die Berliner Zeitung "Der Tagesspiegel" berichtete am 9. August 1946 über die "Ausgerichtete Literatur" (x111/203): >>Wenn wir von einem kulturellen Beirat hören, den die Zentralverwaltung für Volksbildung in der russischen Besatzungszone sich angegliedert hat, um eine gewisse Planung im Verlagswesen durchzuführen, so drängt sich uns der nicht unbegründete Argwohn auf, hier solle im Fahrwasser der Reichsschrifttumskammer und ihrer verschiedenen

Dienststellen zur Förderung arteigenen Schrifttums, nur unter umgekehrtem Vorzeichen, eine Art Einheitsliteratur herangezuchtet werden.

Erich Weinert, der seit kurzem die propagandistisch wirksamsten Zweige der Volksbildung unter seine Fittiche genommen hat, läßt sich die Verlagsprogramme einreichen und empfiehlt nun, sekundiert von einem eigens ausgewählten Gremium zuverlässiger Parteigänger, welches für die Gegenwart besonders wichtige Schrifttum in der Verlagsproduktion zu bevorzugen und welches unerwünscht sei. ...<<

Im Oktober 1946 wurde das sowjetische Internierungslager Berlin-Hohenschönhausen ("Speziallager Nr. 4") aufgelöst. Von Mai 1945 bis Oktober 1946 starben im sowjetischen Internierungslager Berlin-Hohenschönhausen mehr als 3.000 deutsche Häftlinge (x126/163). Mindestens 10.000 Häftlinge durchliefen dieses Lager.

In der nordamerikanischen Zone wurden bis zum 1. Januar 1947 etwa 11,7 Millionen Fragebogen ausgefüllt. Alle deutschen Erwachsenen (ab 18 Jahre) wurden aufgefordert, 133 Fragen zu beantworten. Jeder, der sich weigerte, diesen Fragebogen auszufüllen, erhielt kurzerhand keine Lebensmittelkarten. Die gerichtähnlichen Verfahren vor den "Spruchkammern" endeten mit der Einstufung in eine der 5 Kategorien: Hauptschuldige, Belastete, Minderbelastete, Mitläufer oder Entlastete.

Es war die Zeit der sog. "Jagd nach Persilscheinen" ("Persilscheine" = Ehrenerklärungen von überlebenden Juden, ehemaligen KZ-Häftlingen und anderen NS-Opfern).

Am 17. Februar 1947 wurde das sowjetische Internierungslager Ketschendorf ("Speziallager Nr. 5") aufgelöst. Etwa 2.000 deutsche Häftlinge wurden zur Zwangsarbeit in die UdSSR verschleppt. Die restlichen Gefangenen internierte man in den sowjetischen Internierungslagern Frankfurt/Oder, Fünfeichen, Jamlitz oder Mühlberg. Von Mai 1945 bis Februar 1947 starben im sowjetischen Internierungslager Ketschendorf mindestens 6.000 deutsche Häftlinge (x126/52).

Am 24. März 1947 wurde das sowjetische Internierungslager Torgau aufgelöst. Die letzten 135 Häftlinge wurden ins sowjetische Internierungslager Mühlberg transportiert. Von September 1945 bis März 1947 starben im sowjetischen Internierungslager Torgau etwa 1.500 deutsche Häftlinge. 4.000 Inhaftierte wurden zur Zwangsarbeit in die UdSSR verschleppt (x126/146).

Die Zeitschrift "Der Ruf" wurde am 1. April 1947 von der US-Militärregierung wegen "Nihilismus" (Leugnung gültiger Erkenntnisse) vorübergehend (bis zur Entlassung der Herausgeber Andersch und Richter) verboten.

Im April 1947 wurde das sowjetische Internierungslager Jamlitz bei Lieberose aufgelöst. Die rund 4.400 deutschen Häftlinge wurden in die sowjetischen Internierungslager Buchenwald und Mühlberg transportiert. Im sowjetischen Internierungslager Jamlitz, das vor allem wegen seiner Hungerrationen berüchtigt war, starben von September 1945 bis April 1947 ca. 5.000 deutsche Häftlinge. Etwa 1.000 Inhaftierte wurden zur Zwangsarbeit in die UdSSR verschleppt (x126/74).

Der Alliierte Kontrollrat erteilte am 25. Juni 1947 "Grundsätze für die Demokratisierung des Unterrichts in Deutschland", Direktive Nr. 54 (x114/2.164): >>1. Die Möglichkeit, sich zu bilden, muß für alle in gleicher Weise sichergestellt werden. ...

4. Schulen mit Pflichtunterricht müssen ein zusammenhängendes Erziehungssystem bilden. Die Begriffe "Grundschule" und "Oberschule" müssen zwei aufeinanderfolgende Unterrichtsstufen und nicht zwei Unterrichtssysteme oder Unterrichtsarten bedeuten, die sich überschneiden.

... 5. Alle Schulen müssen es sich besonders angelegen sein lassen, den Sinn für staatsbürgerliche Verantwortlichkeit zu entwickeln und das Schwergewicht auf die demokratische Weltanschauung legen, und zwar durch die Auswahl der Schulbücherprogramme und des Unter-

richtsmaterials sowie durch die Schulorganisation selbst.

6. Die Schulprogramme müssen sich zum Ziele setzen, Achtung und Verständnis gegenüber anderen Nationen zu entwickeln. Zu diesem Zweck ist dem Studium der lebenden Sprachen besondere Aufmerksamkeit zu schenken, ohne einer von ihnen den Vorrang zu geben. ...<<

Im September 1947 wurde das sowjetische Internierungslager Frankfurt/Oder aufgelöst. Etwa 500 Häftlinge wurden ins sowjetische Internierungslager Sachsenhausen transportiert. Von Mai 1945 bis September 1947 starben im sowjetischen Internierungslager Frankfurt/Oder etwa 1.000-2.000 deutsche Häftlinge (x126/136).

Der SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher ermahnte am 6. Dezember 1947 während einer Rede in Stuttgart die Sozialdemokraten, kein krankhaftes Schuldbewußtsein zu entwickeln und keine Kollektivschuld zu pflegen (x268/223): >>... (Um) unserem Volke ein gutes und gesundes Selbstbewußtsein zu geben. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete später (am 19.08.2006) über Kurt Schumachers Ablehnung der Kollektivschuld (x887/...): >>**Chance auf ein neues Leben geben**

Die Sozialdemokratische Partei ist ausgegangen und geht aus von jeder Ablehnung und Bekämpfung der Kollektivschuld. Das bedeutet nicht, daß sie damit individuelle Verbrechen entschuldigt oder gar zudecken will. Sie tritt für die strafrechtliche Verfolgung krimineller Delikte ein ...

Aus dem Zweiten Weltkrieg sind mehr als 900.000 Angehörige der Waffen-SS zurückgekehrt. Diese Waffen-SS ist weder mit der allgemeinen SS, noch mit den speziellen Organisationen der Menschenvernichtung und -verfolgung gleichzusetzen, sondern hat sich selbst als ... vierter Wehrmachtsteil gefühlt und ist damals auch so gewertet worden ... Sicher sind viele junge Menschen Träger einer spezifisch hitlerischen Ideologie gewesen, ohne aber die Verbrechen der zwölfjährigen Diktatur als solche zum Bestandteil ihrer politischen Zielsetzung zu machen, sehr oft, ohne sie zu kennen oder ohne sie ausreichend zu kennen. Hunderttausende aber sind ohne ihr Zutun für die SS als Wehrmachtsteil eingezogen worden oder von anderen Formationen ... gegen ihr Wollen zur Waffen-SS abkommandiert worden.

Die Mehrzahl dieser 900.000 Menschen ist in eine ausgesprochene Pariarolle geraten. Sie sind kollektiv haftbar für die Verbrechen des SD und der Menschenvernichtungsaktionen gemacht worden, trotzdem sie als Waffen-SS kaum nähere Berührung damit hatten als andere Wehrmachtsteile. Zu jedem totalitären System hat es gehört, mit allen Methoden der Verstrickung ein Ergebnis der Mitschuld aller zu erzeugen.

Im Falle der Waffen-SS hat man mit Bewußtsein der Welt eine totale Komplizität herbeizuführen sich ziemlich erfolgreich bemüht. Uns scheint es eine menschliche und staatsbürgerliche Notwendigkeit zu sein, diesen Ring zu sprengen und der großen Masse der früheren Angehörigen der Waffen-SS den Weg zu Lebensaussicht und Staatsbürgertum freizumachen. ... Die überwiegende Mehrheit hat die NS-Ideologie verlassen.

Dr. Kurt Schumacher, damals SPD Parteivorsitzender, im Oktober 1951 in einem Brief an Professor Liebmann Hersch von der jüdischen Organisation "Der Bund", Genf.<<

Die Herausgeber des "Ulenspiegels" mußten am 11. Mai 1948 ihre Lizenz an die nordamerikanische Militärregierung zurückgeben, weil sie ihre Unabhängigkeit verteidigten und kritische Berichte veröffentlichten.

Am 30. November 1948 wurde das sowjetische Internierungslager Fünfeichen ("Speziallager Nr. 9") aufgelöst. Die restlichen 3.000 Häftlinge wurden in die sowjetischen Internierungslager Buchenwald oder Sachsenhausen gebracht. Von Juli 1945 bis November 1948 starben im sowjetischen Internierungslager Fünfeichen etwa 7.000 deutsche Häftlinge. Etwa 1.000 Inhaftierte wurden zur Zwangsarbeit in die UdSSR verschleppt (x126/152).

Im November 1948 wurde das sowjetische Internierungslager Mühlberg ("Speziallager Nr. 1")

aufgelöst. Etwa 3.500 deutsche Häftlinge wurden ins sowjetische Internierungslager Buchenwald oder in das Zuchthaus Bautzen gebracht. Von September 1945 bis November 1948 starben im sowjetischen Internierungslager Mühlberg etwa 8.000 Häftlinge. Etwa 3.000 Inhaftierte wurden zur Zwangsarbeit in die UdSSR verschleppt (x126/111).

In der BRD wird am 21. September 1949 die Lizenzpflicht für Zeitungen und Zeitschriften aufgehoben. Jeder Westdeutsche kann jetzt Presseerzeugnisse ohne Zustimmung der Besatzungsmächte herausgeben.

Marschall Wassili Tschuikow (1900-1982, 1949-52, Oberkommandierender der sowjetischen Truppen in der SBZ, Vorsitzender der sowjetischen Kontrollkommission in der DDR) teilte dem stellvertretenden DDR-Ministerpräsidenten Ulbricht am 17. Januar 1950 die Schließung der letzten sowjetischen Internierungslager mit (x126/195).

Im Februar 1950 wurde das sowjetische Internierungslager Bautzen (mit etwa 5.400 deutschen Häftlingen) von der Volkspolizei übernommen. Im sowjetischen Internierungslager Bautzen wurden insgesamt ca. 30.000 deutsche Gefangene inhaftiert (durchschnittliche Belegung: 7.000 Häftlinge). Von Mai 1945 bis Februar 1950 kamen hier etwa 12.000 Häftlinge um (x126/182). Die Toten wurden größtenteils in der Nähe des Lagers und des Dorfes Niederkaina in Massengräbern bestattet. Mindestens 4.000 Inhaftierte verschleppte man zur Zwangsarbeit in die UdSSR.

Im Februar 1950 wurde auch das sowjetische Internierungslager Buchenwald bei Weimar aufgelöst. Die restlichen 2.200 deutschen Häftlinge wurden von den DDR-Behörden übernommen und in das Zuchthaus Waldheim transportiert. Im sowjetische Internierungslager Buchenwald wurden insgesamt ca. 32.000 deutsche Frauen und Männer inhaftiert (durchschnittliche Belegung: 10.000-12.000 Häftlinge). Von August 1945 bis Februar 1950 kamen hier mehr als 12.000 Häftlinge um (x126/172-173). Die Toten wurden größtenteils am Südhang des Ettersberges oder beim Dorf Hottelstedt in Massengräbern bestattet. Mindestens 2.100 Inhaftierte verschleppte man zur Zwangsarbeit in die UdSSR.

Das letzte sowjetische Internierungslager, das Lager Sachsenhausen in der Stadt Oranienburg, wurde am 10. März 1950 aufgelöst. Rd. 5.700 deutsche Häftlinge transportierte man in die Zuchthäuser Hoheneck-Stollberg, Torgau und Waldheim. Im sowjetischen Internierungslager Sachsenhausen wurden insgesamt ca. 50.000 deutsche Frauen und Männer inhaftiert (durchschnittliche Belegung: 12.000-16.000 Häftlinge). Von August 1945 bis März 1950 starben hier etwa 15.000-20.000 Häftlinge (x126/91). Die Toten wurden größtenteils in der Nähe von Schmachtenhagen in Massengräbern bestattet. Etwa 5.000-7.000 Inhaftierte verschleppte man zur Zwangsarbeit in die UdSSR.

Die 20jährige Eva F. (ehemalige BDM-Jungmädelführerin) berichtete später über ihre Internierung im sowjetischen Lager Sachsenhausen in der Stadt Oranienburg (x126/110): >>... Als im Februar 1950 das KZ Sachsenhausen aufgelöst wurde und wir der Volkspolizei der DDR übergeben wurden, sagte mir ein russischer Posten: "Bei deinen Deutschen wirst auch du das Weinen lernen!" Der Junge war ein Prophet!<<

Eva F. wurde schließlich im Januar 1954 freigelassen (x126/110).

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (14/1990) berichtete am 2. April 1990 über die Internierungslager der sowjetischen Besatzungsmacht: >>... **Massengräber-Funde in der DDR erinnern an ein dunkles Nachkriegskapitel: Horror und Todesopfer in Lagern der sowjetischen Besatzungsmacht**

In einem Wäldchen nahe Fürstenwalde wiederholte sich in den Fünfzigern alle Jahre wieder eine gespenstische Szene: Am Totensonntag legten Bürger dort Blumen und Kränze nieder, in der Nacht zum Montag schwärmte Volkspolizei aus und sammelte alles wieder ein.

Der nächtliche Sammeleifer der Staatsorgane im "Todeswäldchen" (Volksmund) hatte einen düsteren Hintergrund, der - so die Märkische Volksstimme - in der DDR bis in die jüngste

Zeit "aus politischen Gründen totgeschwiegen" worden ist: An diesem Ort im Ostbrandenburgischen unterhielt der sowjetische Staatssicherheitsdienst NKWD von 1945 bis 1947 das Internierungslager Ketschendorf.

Beim Ausschachten von Wohnhausfundamenten hatten Bauarbeiter Ende der vierziger Jahre Massengräber freigelegt, worauf Zeitgenossen tagelang "über ganz Fürstenwalde Süd Leichengeruch" wahrnahmen. Auf dem Gelände einer ehemaligen Arbeitersiedlung hatte der NKWD im Lauf der drei Jahre rund 20.000 Häftlinge eingesperrt, von denen nach Schätzung von Zeitgeschichtlern bis zu 6.000 starben und in Massengräbern der Umgebung verscharrt wurden.

Ketschendorf war damals überall. Assistiert von diensteifrigen SED-Gehilfen, internierte die sowjetische Besatzungsmacht Hunderttausende von inkriminierten Deutschen in elf Speziallagern. Zehntausende gingen an Hunger, Krankheit und Mißhandlungen zugrunde. Zeitzeugen berichteten auch von Gruppenschießungen.

Ahnungsvoll hatte der amerikanische Chefankläger beim Nürnberger Militärtribunal, Robert H. Jackson, bei Kriegsende an alle Welt appelliert, nach der Befreiung der Opfer aus Hitlers Terrorlagern dort nun nicht etwa gleich die Täter unterzubringen: "Die Konzentrationslager selbst müssen abgeschafft werden."

Doch im Osten Deutschlands ging bei der großangelegten Strafaktion der Appell des US-Juristen unter: Mit dem Einrücken der Roten Armee, so resümiert die Ost-Berliner Tageszeitung "Der Morgen", war auch "das stalinsche Lagersystem nach Deutschland" gekommen und bediente sich dabei makabrerweise selbst der soeben befreiten Außenstellen von ehemaligen Nazi-KZs wie Sachsenhausen, Buchenwald und Bautzen.

Zwar will kein ernst zu nehmender Zeitgeschichtler die Lagerschrecken aus den Frühzeiten des SED-Regimes mit Hitlers Vernichtungsstrategie in Verbindung bringen. Doch angesichts massenhaften Sterbens kommen auch unverdächtige Experten wie Tilman Zülch von der Göttinger "Gesellschaft für bedrohte Völker" zum Verdikt: "Fortführung nationalsozialistischer Tormethoden auf dem Territorium der DDR".

"Mit großer Härte" und "ohne klar erkennbares System" seien die Staatsorgane vorgegangen, berichtet Dieter Krüger, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Historischen Museums Neubrandenburg: "Es traf Schuldige und Unschuldige gleichermaßen."

Die Sowjets beriefen sich auf alliierte Beschlüsse - die im Kontrollratsgesetz Nr. 10 und der Kontrollratsdirektive Nr. 38 verankerte Bestrafung von Kriegsverbrechern und die Sistierung (Festnahme) von Personen, "die für die Besetzung und ihr Ziel gefährlich sind".

Naziverbrecher, Mitläufer und Hitlerjungen landeten hinter Stacheldraht, aber auch Denunziantenopfer, sozialdemokratische Antikommunisten, Zeugen Jehovas und so mancher, den auch die Nazis schon ins KZ gesperrt hatten.

Im Internierungslager Ketschendorf saßen neben lokalen Nazigrößen wie dem früheren NSDAP-Kreisleiter von Forst auch an die 2.000 abgemusterte Hitlerjungen zwischen 12 und 18 Jahren; die Hälfte von ihnen überlebte das Lager nicht.

Ex-Häftling Kurt Noack, 60, war als 15jähriger mit 40 bis 50 anderen auf 18 Quadratmetern Kellerraum zusammengepfercht, bei 300 Gramm Brot und zwei Schlag Grütze pro Tag. "Wir bekamen Wasser und Skorbut", erinnert er sich. Noack: "Die meisten hatten offene, durch Ödeme geplatzte Beine, die mit Hilfe untergelegter Steine so hoch lagen, daß flache Töpfe und Näpfe darunter Platz hatten, in die der stinkende Eiter tropfte. Zum Hunger gesellten sich vor allem im Winter Lungenentzündungen und Ruhr. Wer derart entkräftet an Lungenentzündung erkrankte, starb unausweichlich."

Das dunkle Kapitel Nachkriegsgeschichte ist wieder auf der Tagesordnung, seit bei Neubrandenburg und bei Oranienburg Gräberfelder entdeckt wurden, in denen die Überreste von Toten aus den Speziallagern Fünfeichen und Sachsenhausen ruhen.

Und nachdem die "Gesellschaft für bedrohte Völker" in einem offenen Brief an die Abgeordneten der neuen DDR-Volkskammer appelliert hat, die "Massenliquidierungen" aufzuklären und die Opfer zu rehabilitieren, häufen sich auf einmal Hinweise, Erlebnisberichte und Aufklärungswünsche von ehemaligen Häftlingen, die jahrzehntelang geschwiegen haben.

Bürger von Fürstenwalde fordern, den von der SED-Führung sogenannten "Platz der Freiheit" in der Nähe der Todesstätte in "Platz des Gedenkens" umzutaufen. Ost-Zeitungen wie westliche Boulevardblätter werden mit Zeitzeugnissen eingedeckt. Stapelweise bekam auch die "Gesellschaft für bedrohte Völker" Post von Opfern und Hinterbliebenen. ...

Bis zu 200.000 Menschen, schätzt der Zeitgeschichtler Gerhard Finn, seien zwischen 1945 und 1950 in den Speziallagern untergebracht gewesen, 65.000 bis 70.000 Todesopfer habe es gegeben. Diesen Zahlen liegen Angaben früherer Häftlinge zugrunde, da die Originalkarteien der Lager unauffindbar und wahrscheinlich längst vernichtet sind.

Die nun enthüllten Einzelheiten zum stalinistischen Lagerterror sind freilich längst ein offenes Geheimnis: Schon seit Ende der vierziger Jahre wurde der SED-Staat dieser Menschenrechtsverletzungen wegen attackiert.

Das Erzbischöfliche Generalvikariat in Köln machte publik, daß allein bei kirchlichen Stellen Berichte über die Verhaftung von 2.000 Jugendlichen, teils unter 14 Jahren, vorlagen. Herbert Wehner verlas auf dem SPD-Parteitag in Hamburg 1950 einen Freilassungsappell von 6.000 ehemaligen Buchenwald-Häftlingen, 2.000 von ihnen waren an Tuberkulose erkrankt. Eine Dokumentation über "Beweise für Massenterror in der Ostzone" hatte die Parteiführung der SPD schon 1948 vorgelegt.

Die Sozialdemokraten zählten Fälle auf, bei denen Häftlinge "ausgepeitscht", mit "Stacheldraht geschlagen", bei klirrendem Frost mit kaltem Wasser begossen worden waren. Die Todesraten in den Lagern werden ebenso angeführt wie Angaben über verschleppte Demokraten, erpreßte Geständnisse und serienweise Erschießungen - Bürger hatten frisch verscharrte Leichname ausgegraben, die von Kugeln durchsiebt waren.

So entdeckte, laut SPD-Dokumentation, "eine Einwohnerin von Kleditz bei Güstrow im April 1948 beim Holz sammeln eine menschliche Hand, die aus dem Erdboden ragte. Sofortige Untersuchungen durch die Gemeindestellen ergaben, daß dort die Leichen von fünf jungen Männern und zwei Mädchen vergraben waren, die alle Einschüsse am Hinterkopf aufwiesen. Nach Bekanntwerden des Fundes erschien ein Lastwagen der sowjetischen Kommandantur aus Güstrow, der die Leichen abtransportierte. Den Findern wurde befohlen, strengstes Stillschweigen zu bewahren".

Aus der Existenz der sowjetischen Speziallager machte auch die DDR-Führung kein Hehl. Über deren Insassen, nach offizieller Lesart als Kriegsverbrecher eingestuft, sagte SED-Chef Walter Ulbricht 1947 bei einer Parteikonferenz in Ost-Berlin: "Ich bedaure, daß nicht noch mehr inhaftiert worden sind."

Die grausamen Haftbedingungen wurden von der SED-Presse freilich grotesk verzerrt dargestellt. "Der Tagesablauf im Internierungslager entsprach durchaus dem Tagesablauf eines werktätigen Menschen", behauptete Anfang 1950 beispielsweise die Zeitschrift "Für Dich".

Und auch für das offizielle Schweigen über die Verschwundenen hatten die Regenten eine Version. Johannes Warnke, Staatssekretär im DDR-Innenministerium, sagte im gleichen Jahr, es sei "keineswegs angenehm für die Angehörigen eines in Haft verstorbenen Verbrechers, wenn dessen Name veröffentlicht würde".<<

Im Rahmen der Entnazifizierung bearbeiteten die deutschen Spruchkammern bis Februar 1950 über 6 Millionen Fälle, die wie folgt eingestuft wurden (x118/197): >>1.667 Hauptschuldige, 23.060 Belastete, 150.425 Minderbelastete, 1.005.854 Mitläufer, 1.213.873 Entlastete und 4.000.000 Fälle von Jugendamnestie.<<

Der deutsche Historiker Wolfgang Benz berichtete später in seinem Lexikon "Legenden Lü-

gen Vorurteile" über die Umerziehung der Deutschen (x268/15): >>Zum Arsenal rechtsradikaler Propaganda gehört die Behauptung, die Alliierten hätten die These von der Kollektivschuld aller Deutschen an den Verbrechen des Hitlerregimes propagiert und darauf gestützt die Bestrafung und Umerziehung der Deutschen ... betrieben. ...

Diese Mühe ist auch deshalb vergeblich, weil die These einer Kollektivschuld der Deutschen niemals Bestandteil der alliierten Politik gegenüber Deutschland gewesen ist oder zur Begründung dieser Politik nach 1945 herangezogen wurde. ...<<

Im Jahre 1950 kehrten Max Horkheimer (1895-1973, deutscher Philosoph und Soziologe) und Theodor W. Adorno (1903-1969, eigentlich T. Wiesengrund, deutscher Philosoph, Soziologe, Musiktheoretiker) aus dem US-Exil zurück und gründeten mit Finanzmitteln der US-Besatzungsmacht und anderen Geldgebern das Frankfurter Institut für Sozialforschung. Die sogenannte "Frankfurter Schule" prägte später vor allem die 68er Bewegung.

Der deutsche Schriftsteller Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing (1927-2009) schrieb später in seinem Buch "Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen" über Horkheimers Politisierung der Psychoanalyse (x306/96-101): >>Die Psychoanalyse wird politisiert

Die Politisierung der Psychoanalyse kam nicht von ungefähr, sondern aus Frankfurt am Main. Dort hatte 1930 Max Horkheimer das Institut für Sozialforschung übernommen. Das Institut war auf sozialdemokratisches Betreiben nach dem Ersten Weltkrieg gegründet und dem Herausgeber des "Archivs für Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung", Carl Grünberg, unterstellt worden.

Das Institut ist in seiner Frühzeit weniger durch wissenschaftliche Arbeiten als durch die Tätigkeit des posthumen "Helden der Sowjetunion" und russischen Meisterspions Richard Sorge bekannt geworden. Horkheimer löste es nach Eintreten der Wirtschaftskrise vom musealen Sozialismus und machte es mit seiner sozialphilosophischen Fragestellung im Dreieck Marx-Hegel Freud zu dem unter den Studenten als "Marxtempel" bekannten Magneten der linksintellektuellen Jugend.

Die jungen Dozenten und Assistenten, die sich um das Institut scharten, sollten später beinahe alle bekannt werden. Es waren Friedrich Pollock (1894-1964), Theodor Adorno (geb. 1903), Herbert Marcuse (geb. 1898), Erich Fromm (geb. 1900) und Leo Löwenthal (geb. 1900), denen auch Walter Benjamin nahe stand. Der Ausdruck Sozialforschung wies darauf hin, daß das Objekt der Untersuchungen des Instituts zwar die Gesellschaft war, der Umfang der Untersuchungen jedoch nicht durch die Grenzen der Fachsoziologie eingeschränkt werden sollte. Die letzten Jahre des Dahinsiechens der Weimarer Republik gaben die erregende Kulisse für das Entstehen der "kritischen Theorie", die den "historischen Verlauf der gegenwärtigen Epoche begreifen" sollte. Bildeten die Kommunisten den willensmäßigen, die Sozialdemokraten den gefühlsmäßigen Flügel der Revolution von links, so standen die Sozialforscher im verstandesmäßigen Zentrum.

Das Scheitern der linken Revolution war nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß die Flügel miteinander zerstritten waren und das Zentrum so in der Luft hing. 1933 wurde das Frankfurter Institut wegen "staatsfeindlicher Umtriebe" geschlossen. Doch Horkheimer hatte vorgebaut. Die "Zeitschrift für Sozialforschung" siedelte mit ihrem 2. Jahrgang nach Paris über, das Institut wurde in New York an der Columbia Universität weitergeführt. ...

Bereits im Vorwort der "Zeitschrift für Sozialforschung" wurde die Förderung der Sozialpsychologie versprochen, wobei zum ersten Male die Psychoanalyse in ein sozialpsychologisches System einzubauen sei. Vor allem Erich Fromm, ein gebürtiger Frankfurter, der 1929 vom Berliner Institut für Psychoanalyse nach Frankfurt zurückkehrte, förderte die Synthese von Marx und Freud. Seine Aufsätze in der "Zeitschrift für Sozialforschung" und sein Beitrag zu dem in Frankfurt vorbereiteten, aber erst 1935 in Paris gedruckten Band "Studien über Autori-

tät und Familie" gelten als die "Gründungsdokumente" der amerikanischen neo-freudianischen Schule.

Während die musealen Marxisten sich damit begnügten, aus den unerquicklichen Vorgängen der 30er Jahre Bestätigungen ihrer Dogmen herauszulesen, waren die jungen Sozialforscher bemüht, ein wissenschaftliches Fazit der gleichen Ereignisse zu ziehen. Hatte man auf der Linken bislang geglaubt (und glaubten gewisse Partei Emigranten noch immer), daß das Volk gegen die privilegierten Klassen stehe und Recht und Wahrheit gegen Macht und Herrschafts-ideologie verteidige, so zogen die Sozialforscher aus den "faschistoiden" Entwicklungen der Zeit die Konsequenz, daß auf das Volk (auch in Gestalt des Proletariats) kein Verlaß mehr sei. "Auch die Situation des Proletariats bildet in dieser Gesellschaft keine Garantie der richtigen Erkenntnis", formulierte Max Horkheimer.

"Die richtige Gesamtverfassung der Menschheit" wäre nicht durch die Befreiung des Proletariats von seinen Ketten, sondern durch die Reform der gesamten Gesellschaft, einschließlich des Proletariats, zu erreichen. In einem gewaltigen Wurf sollte nicht nur die Gesellschaft reformiert werden, sondern Marx und Freud gleich mit. In der intellektuellen Retorte wurde nach und nach die Aufgabe bewältigt, ein in der fortschrittlich-radikalen Tradition stehendes politisches System unter Weglassung des Volkes zu konstruieren.

Die neo-freudianischen und verwandten Schulen mußten Freud wie Marx zum konservativen alten Eisen werfen, da der eine in den Trieben, der andere im Proletariat einen vorgegebenen, nicht zu verändernden Faktor hinnahm. Im Besitz einer gesellschaftsgeschichtlichen Gesamtschau rechnete man beiden die Erkenntnisgrenzen ihres gesellschaftlichen Standortes vor. Freud habe die an seinen adligen und großbürgerlichen Patienten gewonnenen Ergebnisse zu Unrecht verallgemeinert. Marx habe den Menschen noch als rationales Wesen gesehen.

Er habe die Kräfte des Unbewußten noch nicht gekannt, sonst hätte er nicht die Arbeiterklasse einfach als Erben der Kapitalistenklasse eingesetzt. Marx sah nicht, "daß eine bessere Gesellschaft nicht ins Leben gerufen werden konnte von Menschen, die sich nicht einem moralischen Wechsel in sich selbst unterzogen haben". Die Gesellschaft sei krank, da die Einzelnen krank seien. Die Gesellschaft müsse man kurieren, indem man die Einzelnen kuriere. Der Psychoanalytiker ist in letzter Instanz derjenige, in dessen Händen die Verantwortung für den gesellschaftlichen Wechsel liegt. Er bilde um sich herum gesunde Zellen, die die gesunde Gesellschaft von morgen ankündigten. ...

Auch in Wien fand eine Verschmelzung von Soziologie und Psychologie statt, einerseits im Werk des Psychoanalytikers Wilhelm Reich, andererseits im Umkreis des Psychologenehepaars Karl und Charlotte Bühler. Wilhelm Reich (geb. 1897) war in Wien Freuds erster Assistent (1922-1928) gewesen. Sein Versuch, die Psychoanalyse mit kommunistischen klassenkämpferischen Parolen zu verschmelzen, hatte ihn jedoch Freud entfremdet, der schon bei Mussolinis "Marsch auf Rom" auf den Vorwurf, weder rot noch schwarz zu sein, geantwortet hatte: "Nein, man sollte fleischfarben sein."

In den Jahren der deutschen Krise entwickelte Reich seine eigene "sex-ökonomische" Lehre, die sich zunehmend, insbesondere nach seiner Übersiedlung nach Amerika, aus den marxistischen Eierschalen löste. ...

Reich ordnete die politischen Hauptströmungen den drei Schichten des menschlichen Charakters zu. Die oberste Schicht sei die Schicht der Kooperation, der Vernunft, der Rücksichtnahme; die unterste Schicht sei die der schöpferischen Triebe, denen alle geistigen und künstlerischen Leistungen entspringen, die unterste Schicht könne sich jedoch nicht mit der obersten durchdringen, da sie durch eine mittlere Schicht abgeleitet werde, in der alle Egoismen, Saldismen, Selbstsucht und Brutalität zu Hause seien. Der obersten Schicht sei der Liberalismus zuzuordnen, der untersten die revolutionäre Linke, der mittleren der Faschismus. Denn man könne die Zeitgeschichte nicht begreifen, wenn man den Faschismus für eine politische Idee

halte, die mit politischen Mitteln an die Macht dränge. "Der Faschismus ist nur der politisch organisierte Ausdruck der durchschnittlichen menschlichen Charakterstruktur." ...

Wer den Faschismus bekämpfen wolle, müsse davon ausgehen, daß die "zentrale reaktionäre Keimzelle" die Familie sei. "Da die autoritäre Gesellschaft sich in der Struktur des Massenindividuum durch die autoritäre Familie reproduziert, folgt, daß die politische Reaktion die autoritäre Familie als Basis des Staates, der Kultur und Zivilisation verteidigt". Kern der autoritären Familie sei eine Mutter Fixierung. "Die Mutter ist die Heimat des Kindes und die Familie die Nation en miniature."

Daher seien "metaphysisches, individualistisches und familiäres Verhalten nur verschiedene Aspekte ein und desselben Prozesses der Sex Negation. Realistisches, nicht metaphysisches Denken auf der anderen Seite geht Hand in Hand mit der Lockerung der Familienbande und zum mindesten Indifferenz gegenüber asketischen sexuellen Ideologien". Die autoritäre Familie lösche die Frau und die Kinder als Geschlechtswesen aus, indem sie die Frau in der Mutter Funktion aufgehen lasse und die Sexualität der Kinder unterdrücke. Demgegenüber sei die sexualkulturelle Revolution auch das politische Heilmittel. Durch "sexökonomische Massenhigiene" sei eine kollektive Atmosphäre sexueller Bejahung zu schaffen, die eine neue sexökonomische Moral zur Folge habe.<<

Am 11. Mai 1951 verabschiedete der Bundestag ein "Amnestiegesetz" für NS-Verurteilte (nach Artikel 131 des Grundgesetzes). Bund, Länder und Gemeinden wurden verpflichtet, die aus dem öffentlichen Dienst Ausgeschiedenen wieder einzustellen (x129/149).

Ein Volkskammergesetz hob am 2. Oktober 1952 die im November 1949 festgelegten Einschränkungen der staatsbürgerlichen Rechte für ehemalige Offiziere und Mitglieder der NSDAP auf. Diese Regelung galt jedoch nicht für Personen, die man "wegen Kriegsverbrechen" verurteilt hatte.

Bilanzierung und Bewertung der Entnazifizierung und Umerziehung der Deutschen

Bei den "politischen Säuberungen" bzw. "Entnazifizierungen" in den Gebieten östlich der Oder-Neiße wurden in erster Linie alle "Kapitalisten" und die "Intelligenz" ausgeschaltet. Den sowjetischen Kampftruppen folgten regelmäßig NKWD-Geheimpolizisten. Die berüchtigten NKWD-Einheiten (ab 1946 = MWD), die man im Jahre 1944 dem sowjetischen Ministerium des Innern angegliedert hatte, richteten in allen größeren Gemeinden und Städten Kommandanturen ein. Die NKWD-Streifen nahmen häufig auch Juden, Kommunisten, Sozialisten und Antifaschisten fest, die man gerade erst aus den NS-Vernichtungs- und Konzentrationslagern befreit hatte. Die verhafteten Ost- und Volksdeutschen wurden in Zuchthäusern, Gefängnissen, Viehställen oder in Kohlenkellern inhaftiert. Während der Verhöre oder "Gerichtsverhandlungen" wurden manche Angeklagte äußerst brutal gefoltert, um Geständnisse zu erpressen.

Am 22. Mai 1945 trat in Westdeutschland die US-Direktive Nr. 1 der PWD (Psychological Warfare Division) in Kraft (x111/25, x115/270): >>Der erste Schritt der Umerziehung wird sich ausschließlich darauf beschränken, die Deutschen mit unwiderlegbaren Tatsachen zu konfrontieren, die eine Einsicht in die deutsche Kriegsschuld und die Kollektivschuld für solche Verbrechen wie die Konzentrationslager wachrufen. ...<<

>>... Der tiefe Graben, der die Besatzungsarmeen von den besiegten Deutschen trennt, ist ausdrücklich zu betonen. ... Eine Politik der "austerity" (Härte) hat an die Stelle aller Schmeicheleien zu treten, die von der psychologischen Kriegsführung als erforderlich angesehen wurden. ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) schrieb später über die vermeintliche Kollektivschuld der Deutschen (x025/189): >>... Die Theorie von der Kollektivschuld der Deutschen beruht, wie ihre Kritiker dargetan haben, auf der Unkenntnis fundamen-

taler historischer Tatsachen und der Widerstandsmöglichkeiten in einer totalitären Diktatur. Sie wurde in der Praxis zur Rechtfertigung von millionenfachen Verbrechen gegen die Menschlichkeit benützt. Historisch gesehen ist diese Theorie eine der vielen Erscheinungsformen des Rassismus; sie entspricht weitgehend dem christlichen Antisemitismus vergangener Jahrhunderte.<<

Die US-Soldatenzeitung "Stars und Stripes" warnte im Juni 1945 nordamerikanische Soldaten vor "Nazi-Deutschland" (x114/2.94): >>... Die Amerikaner sind nicht nach Deutschland gekommen, um Kindermördern die Köpfe zu streicheln und SS-Verbrecher zu päppeln, die Amerikaner sind in dieses Land von Gangstern gekommen, um hier Ordnung zu schaffen und die Verbrecher der Justiz zu überantworten.<<

Der katholische Kardinal Faulhaber und der evangelisch-lutherische Landesbischof Meiser kritisierten am 20. Juli 1945 die Entnazifizierungsmethoden der US-Militärregierung in Bayern (x111/51): >>... Die Vertreter der beiden christlichen Bekenntnisse in Bayern halten es für ihre Pflicht, bei der Besatzungsbehörde vorstellig zu werden mit der Bitte, in den Strafgerichten über das System des Unheils die Grundsätze der Gerechtigkeit und Menschlichkeit walten zu lassen und die Schuld der einzelnen durch persönliche Überprüfung, also nicht pauschal, zu bemessen.

Die geistige Umschulung unseres Volkes von den nationalsozialistischen Irrtümern zu den Grundsätzen der christlichen Moral, die Wiederaufrichtung der sozialen Ordnung im Geiste des Christentums, der wirtschaftliche und kulturelle Aufbau, zu dem wir alle beitragen wollen, dürfen nicht durch vermeidbare Härten in der Rechtspflege gestört werden.<<

In Mitteldeutschland erließ die SMAD am 27. August 1945 einen Befehl über die Entmilitarisierung und Entnazifizierung. Sämtliche Wehrmachtsoffiziere, ehemalige SS-, SA-, Gestapo- und NSDAP-Mitglieder mußten sich gemäß SMAD-Befehl Nr. 42 einer "Registrierung" unterziehen. Viele wurden im Verlauf dieser Massenregistrierung verhaftet und kurzerhand als "Kriegsgefangene" oder "Kriegsverbrecher" in die Sowjetunion verschleppt (x111/68).

In Frankfurt wurde am 11. November 1945 zum ersten Mal der US-Dokumentarfilm "Die Todesmühlen" gezeigt.

Im Begleittext des Films hieß es (x116/113): >>Über 300 Lager: Todesfabriken, eins wie das andere, 20 Millionen Tote.

Tote in Nordhausen, verhungert und erschossen. Oft genug noch Lebende, oder besser, nur Halbtote achtlos unter die Leichen geworfen. Tote ... in Dachau: verbrannt, vergast, verhungert; in Auschwitz, vergast, erschossen und verhungert, und neben den gemordeten Müttern die Leichen neugeborener Kinder; in Ebensee verhungert; in Belsen verhungert und erschossen; in Mauthausen vergast, verhungert und erschossen; in Leipzig: verkohlt an den Hochspannungsdrähten ... –

Von den vielen Millionen überlebten nur wenige die Jahre der Pein.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über den US-Dokumentarfilm "Die Todesmühlen" (x025/146-147): >>Als man 1945 daran ging, im Rahmen des amerikanischen Umerziehungsprogramms den KZ-Film "Todesmühlen" für das deutsche Publikum zusammenzustellen, vermerkte der Bericht des zuständigen Kriegsinformationsamtes vom 23.02.1945, der Initiator des Projekts, ein gewisser James Pollock, sei der Ansicht, "daß die Mehrzahl der Deutschen das Ausmaß der von Deutschen begangenen Greuelthaten vermutlich wirklich nicht kenne und daß die Vorführung dieser Filme ihnen zu einem guten Teil erklären könne, warum die Alliierten sichergehen müßten, daß die Deutschen nicht noch einmal die Chance bekämen, einen Krieg anzuzetteln".

Der Schock und die spontane Entrüstung der meisten Zuschauer sprachen für Mr. Pollocks Ansicht und veranlaßten die US-Behörden zu dem Eingeständnis, daß der weitere Zweck des Filmes, nämlich "ein Gefühl der individuellen und kollektiven Schuld zu wecken, total ver-

fehlt" worden sei.<<

Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1933-45 fast ständig in KZ-Haft, ab Mai 1946 SPD-Vorsitzender) wies am 10. Februar 1946 den Vorwurf der Kollektivschuld entschieden zurück (x101/12): >>Die Deutschen stehen deshalb vor einer schweren Aufgabe, weil die Welt meint, der Nazismus sei Deutschland gewesen, das ganze Volk sei schuldig. ...

Es ist nicht das ganze deutsche Volk schuldig, und wir lehnen eine derartige These ab. ...

Immer sind es vor 1933 und nach 1933 große Teile der Deutschen gewesen, die gegen Hitler gekämpft und Mut bewiesen und Leid erduldet haben. ...<<

Die "Neue Zeitung" berichtete am 28. Juni 1946 (x114/2.152): >>... Wegen eines Verstoßes gegen Anordnungen der Militärregierung ist der Umfang der in München erscheinenden "Süddeutschen Zeitung" für die Dauer eines Monats von den üblichen 6 Seiten auf 4 Seiten pro Nummer beschränkt worden.

In ihrer Ausgabe vom 4. Juni hatte die "Süddeutsche Zeitung" unter dem Titel "Sie ernten den Haß" einen Titel veröffentlicht, der die Ausweisungsmaßnahmen der tschechoslowakischen Regierung gegen Deutsche scharf kritisiert.

Dieser Artikel stellt einen Verstoß gegen die Anordnung der Militärregierung dar, die lizenzierten Zeitungen Kritik an alliierten Regierungen verbietet. ...<<

Die US-Militärregierung veröffentlichte am 13. August 1946 ein Programm für die "Wiederherstellung des deutschen kulturellen Lebens" (x111/204): >>... Zur Umsetzung in die Tat muß das Programm der "Deutschen Umerziehung" in steigendem Maße von solchen heimischen Mitteln der deutschen Kultur Gebrauch machen, welche die friedliche Entwicklung neuer Ideale und Institutionen versprechen. ...<<

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schrieb später über das Umerziehungsprogramm der westlichen Siegermächte (x063/614): >>... Auch das Programm der Reeducation, der Umerziehung, war kein Erfolg. Um Erzieher, gar "Umerzieher" zu sein, mußte man vor allem Bildung, Menschenkenntnis und ... Menschenliebe besitzen, und man durfte nicht den Eindruck erwecken, daß ein solches "Umerziehungsprogramm" auch jene moralischen, geistigen und geschichtlichen Werte, die selbst der Nationalsozialismus nicht zerstören konnte, einer blassen "Fortschrittstheorie" wegen nunmehr über Bord zu werfen seien. ...

Die amerikanischen "Wiedererzieher" – viele davon linksradikale ehemalige Deutsche -, (versuchten) das deutsche Erziehungswesen von "klassischen Schlacken" zu reinigen und ganz auf den "Fortschritt" (wie sie ihn sahen) umzustellen. Der Versuch, Geschichte und Geschichtsbewußtsein zurückzudrängen, vielleicht gar auszulöschen, gehörte dazu – etwas, wovon sich das deutsche Erziehungswesen bis heute noch nicht erholt hat.

Es gibt über dieses "Reeducation Programme" detaillierte Anweisungen, die sich damals schon, und erst recht heute, unberührt erwiesen von jeder wirklichen Kenntnis deutscher Jugend und deutscher Erziehung. ...<<

Im Oktober 1946 wurde das sowjetische Internierungslager Berlin-Hohenschönhausen ("Speziallager Nr. 4") aufgelöst. Von Mai 1945 bis Oktober 1946 starben im sowjetischen Internierungslager Berlin-Hohenschönhausen mehr als 3.000 deutsche Häftlinge (x126/163). Mindestens 10.000 Häftlinge durchliefen dieses Lager.

In der nordamerikanischen Zone wurden bis zum 1. Januar 1947 etwa 11,7 Millionen Fragebogen ausgefüllt. Alle deutschen Erwachsenen (ab 18 Jahre) wurden aufgefordert, 133 Fragen zu beantworten. Jeder, der sich weigerte, diesen Fragebogen auszufüllen, erhielt kurzerhand keine Lebensmittelkarten. Die gerichtähnlichen Verfahren vor den "Spruchkammern" endeten mit der Einstufung in eine der 5 Kategorien: Hauptschuldige, Belastete, Minderbelastete, Mitläufer oder Entlastete.

Es war die Zeit der sog. "Jagd nach Persilscheinen" ("Persilscheine" = Ehrenerklärungen von

überlebenden Juden, ehemaligen KZ-Häftlingen und anderen NS-Opfern).

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) berichtete später über die Entnazifizierung (x063/612-613): >>Die "Entnazifizierung" wurde ... in den 4 Besatzungs-zonen höchst unterschiedlich durchgeführt.

In der sowjetischen genügte es einerseits, ein "Kapitalist" zu sein, um als "Nazi" gebrandmarkt und verfolgt zu werden, andererseits aber konnten auch hochrangige, wirkliche Nazis sofort die Generalabsolution erhalten, wenn sie sich nur zum Kommunismus "konvertierten".

In der französischen Zone dürften die Maßstäbe am mildesten gewesen sein, in der britischen und amerikanischen am methodischsten, aber oft auf Grund der falschen Methoden!

Auch kam es vielfach darauf an, ob man frühzeitig oder später "entnazifiziert" wurde, und auch "Protektion" – vor allem ausländische oder klerikale – war nicht ohne Bedeutung.

Der Fragebogen mit seinen ... (133) zum Teil schlichtweg törichte Fragen ist inzwischen in die Literatur eingegangen. In der amerikanischen Zone wurden bis zum Januar 1947 allein 11.674.152 Fragebogen ausgefüllt und eingereicht. Die Gesamtzahl stieg schließlich auf über 13 Millionen. ...

Die Entnazifizierungsbehörde der Militärregierung – beschäftigte sich mit 1,5 Millionen Fällen, 375.000 Personen wurden aus ihren beruflichen Stellungen entfernt. Die übrigen – insgesamt waren 3,3 Millionen "vom Gesetz" betroffen gewesen – fielen aus durch einige Amnestien, so die Jugendamnestie vom Juli 1946, zu Weihnachten 1946 die Amnestie für Kriegsbeschädigte, Invalide und jene mit geringem Vermögen und Einkommen. ...<<

Marschall Wassili Tschuikow (1900-1982, 1949-52, Oberkommandierender der sowjetischen Truppen in der SBZ, Vorsitzender der sowjetischen Kontrollkommission in der DDR) teilte dem stellvertretenden DDR-Ministerpräsidenten Ulbricht am 17. Januar 1950 die Schließung der letzten sowjetischen Internierungslager mit (x126/195).

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) schrieb später über die Internierungslager in der SBZ (x026/63-64): >>... Die größten Lager waren Buchenwald bei Weimar (Durchschnittsbelegung 10.000 bis 12.000 Häftlinge), Sachsenhausen bei Brandenburg (Durchschnittsbelegung 12.000 bis 15.000 Häftlinge) und Mühlberg/Elbe (Durchschnittsbelegung 12.000 Häftlinge). Lager bestanden auch in Bautzen, Torgau, Ketschendorf, Jamlitz, Fünfeichen bei Neubrandenburg und an mehreren anderen Orten. Tausende von Häftlingen saßen auch in den Gefängnissen der Besatzungszone.

Zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion deportiert wurden annähernd 40.000 Mitteldeutsche, die meistens vorher in einem alles andere als rechtstaatlichen Verfahren abgeurteilt worden waren. ...

Die Sterblichkeit in den Konzentrationslagern der Kommunisten war nicht geringer als die in den Lagern der Nationalsozialisten. ...

Die Gesamtzahl der umgekommenen KZ-Häftlinge wird zwischen 65.000 und 130.000 angegeben. ...

Bedenkt man die hohe Sterbequote der Deportierten, so bleibt als Fazit festzuhalten, daß über 100.000 Mitteldeutsche in sowjetischen Internierungslagern und Gefängnissen zu Tode gekommen sind.<<

Im Rahmen der Entnazifizierung bearbeiteten die deutschen Spruchkammern bis Februar 1950 über 6 Millionen Fälle, die wie folgt eingestuft wurden (x118/197): >>1.667 Hauptschuldige, 23.060 Belastete, 150.425 Minderbelastete, 1.005.854 Mitläufer, 1.213.873 Entlastete und 4.000.000 Fälle von Jugendamnestie.<<

Im Jahre 1950 kehrten Max Horkheimer (1895-1973, deutscher Philosoph und Soziologe) und Theodor W. Adorno (1903-1969, eigentlich T. Wiesengrund, deutscher Philosoph, Soziologe, Musiktheoretiker) aus dem US-Exil zurück und gründeten mit Finanzmitteln der US-Besatzungsmacht und anderen Geldgebern das Frankfurter Institut für Sozialforschung. Die soge-

nannte "Frankfurter Schule" prägte später vor allem die 68er Bewegung.

Schlußbemerkungen: Das Bundesarchiv Koblenz berichtete im Jahre 1974 über die sowjetische Entnazifizierung in den ostdeutschen Provinzen (x010/32): >>... Die Verhafteten wurden in Gefängnisse oder in sog. GPU-Keller verbracht und tages- und wochenlangen Verhören unter Bedrohung mit Schußwaffen unterworfen. Es fanden hier schwerste Mißhandlungen, in Einzelfällen mit Todesfolge, statt, um von den Verhafteten eine Unterschrift zu erzwingen, daß sie einer Parteiorganisation angehört haben, wie dies durch zahlreiche Aussagen übereinstimmend überliefert ist.

Die meisten der Verhafteten sind ... in die Arbeitslager der Sowjetunion verschleppt worden. Offenbar handelte es sich um Personen, die die von ihnen geforderte Unterschrift geleistet haben. Andere, von denen eine Erklärung über eine Zugehörigkeit zu NS-Organisationen trotz der Folterungen nicht zu erlangen war, wurden schließlich entlassen.<<

Im Mai 1945 richteten NKWD-Einheiten in Berlin die ersten sowjetischen Internierungslager ein.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Konzentrationslager" in der SBZ (x009/228): >>... 1945 wurden von der sowjetischen Besatzungsmacht Zehntausende von Männern und Frauen unter Beschuldigung, "aktive Faschisten" oder Kriegsverbrecher gewesen zu sein, oder weil sie den Sowjets aus irgendeinem Grunde gefährlich erschienen, in Konzentrationslager gesperrt und dort auf das unmenschlichste und unwürdigste behandelt.

Besonders berüchtigte Lager befanden sich in Sachsenhausen (Oranienburg), Buchenwald, Mühlberg, Bautzen, Neubrandenburg und Ketschendorf. Die Angehörigen der dorthin Verschleppten blieben ohne Nachricht und ohne Postverbindung. Die Angehörigen erhielten auch dann keine Mitteilung, wenn der Häftling verstarb.

Nach westlichen Zählungen, die auf Angaben der ehemaligen Totengräber und Ärzte in den Konzentrationslagern beruhen, verstarben in den Lagern von 1945 bis 1950 über 65.000 Häftlinge.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) schrieb später über die "Entnazifizierung im Westen" (x026/64-65): >>... Auch in den drei Westzonen wurden insgesamt etwa 250.000 Menschen in Lagern interniert. Als Rechtsgrundlage fungierte die berühmte Direktive JCS 1067 der US-Militärregierung, die bis zum Sommer 1947 Grundlage der amerikanischen Besatzungspolitik war; danach waren nicht nur alle mutmaßlichen Kriegsverbrecher zu verhaften, sondern auch alle Personen, die die Durchführung der Ziele der Besatzungsmächte gefährden könnten.

Der parteilose Schriftsteller Ernst Salomon, der zusammen mit seiner jüdischen Frau verhaftet und so gründlich "verhört" worden war, daß er einige Zähne verlor, berichtet über seine Lagererfahrungen in der amerikanischen Besatzungszone:

"Geprügelt wurde so gut wie ausnahmslos jeder, der in das Lager eingeliefert wurde; die Amerikaner nannten das "overwork" ("überarbeiten"). Geprügelt wurden selbst diejenigen Internierten, die aus einem anderen Lager kamen, in welchem sie bereits ihren Tribut empfangen hatten, und auch die Generale, die aus dem Kriegsgefangenenlager kamen."

Während in einigen – nicht in allen – US-Lagern ehemals "Kapos" aus den Konzentrationslagern der Nationalsozialisten eingesetzt wurden und gewisse vorhersehbare Folgen eintraten, war auch die Behandlung der Gefängnisinsassen nicht immer rechtsstaatlich. Im Malmedy-Prozeß (es ging um den Tod amerikanischer Kriegsgefangener) z.B. mußte sich auf Veranlassung des Verteidigers eine Kommission aus zwei Richtern nachträglich mit den angewandten Verhörmethoden beschäftigen.

Das Ergebnis: Folter dritten Grades war angewendet worden, und "sämtliche Deutsche bis auf 2 in den 139 von uns untersuchten Fällen hatten durch Fußtritte in die Hoden unheilbare

Schäden erlitten. Dies war die übliche Untersuchungsmethode unserer amerikanischen Untersuchungsbeamten".

In der britischen Besatzungszone ereigneten sich solche Vorfälle nur sehr selten. Unter französischer Regie allerdings waren Menschenrechtsverletzungen keine Seltenheit. Eine traurige Berühmtheit erreichte das ehemalige NS-KZ Schirmeck/Natzweiler im Elsaß, wo ab 1944 mutmaßliche französische Kollaborateure und Deutsche unter menschenunwürdigen Zuständen interniert waren. ...<<

Der kanadische Journalist James Bacque berichtete später über die Zensur der öffentlichen Meinung im besetzten Westdeutschland (x131/177-178): >>Ein Land durch Generäle verwalten zu lassen, ist genauso töricht, wie eine Armee von Politikern führen zu lassen.

... Nach 1945 gab es in Deutschland Millionen von Biographien; aber Geschichte gab es nicht. Als die Nation in vier Zonen geteilt wurde, da wurde auch ihre Geschichte zerbrochen durch die politische Teilung, durch die Zensur, durch Tarnung und Vertuschung, durch die Angst davor, die USA und Frankreich zu kritisieren. Es bildete sich keine öffentliche Meinung ...

Die Besetzung Deutschlands führte zur Entstehung einer Besetztenmentalität, die sich bemühte, jede Vernunft einer vernunftlosen Disziplin zu unterwerfen, so, wie die Nation von den Nazis unterworfen worden war.

Erleichtert wurde das durch die bedingungslose Autoritätsgläubigkeit, die den Deutschen an-erzogen ist ...

Nachdem die Besatzungszonen und die offene Zensur abgeschafft worden waren, kam es zu keiner wesentlichen Verbesserung der Situation, weil Haltung und Einstellung, die sich unter jenem Regime gebildet hatten, schon zu Geschichte geworden waren. ...<<

Die Liquidierung des preußischen Staates

Nicht der größtmögliche Genuß ist der Zweck des Daseins, sondern die Erfüllung der Pflicht.

Immanuel Kant (1724-1804, deutscher Philosoph)

Am 25. Februar 1947 führte der Alliierte Kontrollrat die Liquidierung des preußischen Staates - Kontrollratsgesetz Nr. 46 - durch (x056/33): >>Der Staat Preußen, der seit jeher Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland gewesen ist, hat in Wirklichkeit zu bestehen aufgehört.

Geleitet von dem Interesse an der Aufrechterhaltung des Friedens ... (bestimmt) der Kontrollrat ... Art. I: Der Staat Preußen, seine Zentralregierung und alle nachgeordneten Behörden werden hiermit aufgelöst. ...<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete später (am 22.12.2001) über Preußen (x887/...): >>Mehr als ein Staat - eine Idee

Zum 300. Jahrestag der Gründung des Königreichs Preußen

Preußen, das stellt für im gegenwärtigen Zeitgeist verhaftete Deutsche ein Reizwort dar, verbunden mit Attributen wie Militarismus, Kadavergehorsam oder auch Autoritätshörigkeit. Für andere hingegen ist Preußen gleichbedeutend mit Tugenden wie Pflichtbewußtsein, Toleranz und Sparsamkeit.

Dreihundert Jahre nach der Gründung des Königreiches Preußen und mehr als ein halbes Jahrhundert nach der offiziellen Auflösung des zu jenem Zeitpunkt schon gar nicht mehr existierenden Staates scheiden sich noch immer die Geister an diesem geschichtlichen Phänomen, wird weiter darum gestritten, wie jenes Gebilde, das nach den Worten Hermann Rauschnings, des Präsidenten des Senats der Freien Stadt Danzig, nicht nur ein Staat, sondern eine Idee war, historisch einzuordnen ist.

Am 25. Februar 1947 erließ der Alliierte Kontrollrat, der sich damals aus den Generalen Lucius Clay (USA), Sir Brian Robertson (Großbritannien) und Joseph Pierre Koenig (Frankreich) sowie dem Marschall Wassili Sokolowski (Sowjetunion) zusammensetzte und der die oberste Regierungsgewalt auf dem Territorium des besetzten Deutschland ausübte, das Gesetz Nr. 46, in dem es hieß:

"Der Staat Preußen, der seit jeher Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland gewesen ist, hat in Wirklichkeit zu bestehen aufgehört. Geleitet von dem Interesse an der Aufrechterhaltung des Friedens und der Sicherheit der Völker und erfüllt von dem Wunsche, die weitere Wiederherstellung des politischen Lebens in Deutschland auf demokratischer Grundlage zu sichern, erläßt der Kontrollrat das folgende Gesetz:

Artikel I

Der Staat Preußen, seine Zentralregierung und alle nachgeordneten Behörden werden hiermit aufgelöst."

In der Realität war der frühere Bundesstaat Preußen zu diesem Zeitpunkt längst "tot". Seine Landesteile im Osten (Pommern, Ostpreußen, Schlesien) waren von Polen und Russen annektiert, die dort lebende deutsche Bevölkerung zum Teil geflohen, zum Teil vertrieben worden, während sich die übrigen Landesteile nach und nach zu neuen politischen Gebilden ("Ländern") formiert hatten, im Westen etwa Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz, in Mitteldeutschland (bis 1952) Brandenburg und Sachsen-Anhalt.

Und weil durch die Errichtung dieser Nachfolgeländer aus den ehemaligen preußischen Provinzen in allen vier Besatzungszonen "nicht mehr rückgängig zu machende Tatsachen geschaffen" worden waren, stellte das Dekret eigentlich nur "ein nachgezogenes Stück Potsdam" dar, "einen späten juristischen Akt, der der geschichtlichen Entwicklung hinterherzuhinken

schien" und eigentlich keiner Notwendigkeit bedurft hätte. Gleichwohl geschah dies "Nicht mehr im Affekt des ersten Siegetraumes, sondern in planmäßigem Vollzug Stalinscher Forderungen" - auf Antrag Großbritanniens!

Dabei war eine einheitliche Besatzungspolitik der Alliierten 1947 kaum noch erkennbar, und so wollte man durch die Einigung über die offizielle Auflösung Preußens "wenigstens" ein Stück Gemeinsamkeit demonstrieren, bewies damit allerdings nur einmal mehr, "daß Übereinstimmungen lediglich für destruktive Maßnahmen zu erreichen waren."

Das Ende Preußens, das 1947 von den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs nur noch formaljuristisch besiegelt wurde, hatte sich bereits vorher in Etappen vollzogen. Die meisten Historiker nennen in diesem Zusammenhang den 20. Juli 1932, als die sozialdemokratische Regierung Preußens unter Ministerpräsident Braun durch einen Staatsstreich des Reichskanzlers von Papen gestürzt wurde, der sich dann selbst zum Reichskommissar für Preußen ernennen ließ. Braun stellte damals fest, daß damit die "Mission des neuen Preußens, die Demokratie in Deutschland zu sichern und zu vertiefen", zu Ende gegangen sei, und Preußen-Forscher Hans-Joachim Schoeps bezeichnet jenen Tag als das Datum, "an dem Preußen de facto zu bestehen aufgehört hat ...

Pikanterweise war es dann erneut ein 20. Juli", der des Jahres 1944, "an dem das alte Preußen zum letzten Male sichtbar wurde": Die Liste der Männer nämlich, die nach dem Attentat auf Hitler hingerichtet wurden, "liest sich wie ein Auszug aus dem preußisch-deutschen Adelsregister".

Andere Geschichtswissenschaftler sehen das Ende Preußens, jenes Staates, der mit der Krönung des brandenburgischen Kurfürsten Friedrich III. zum "König in Preußen" am 18. Januar 1701 im Schloß zu Königsberg geboren wurde, schon früher, nämlich entweder 1871, als es in dem neu gegründeten Zweiten Deutschen Kaiserreich aufging, oder aber 1918, als die Herrschaft der Hohenzollern, die untrennbar mit Preußen verbunden war, ihr Ende fand; denn Preußentum und Monarchie bedingen einander.

Schließlich wird in Historikerkreisen sogar die Ansicht vertreten, daß der Zerfall Preußens eigentlich schon 1806 einsetzte, als es in der Doppelschlacht von Jena und Auerstedt gegen die Truppen Napoleons die wohl bitterste militärische Niederlage seiner Geschichte hinnehmen mußte.

Wie dem auch sei - von Preußen ging für Freund und Feind stets eine eigenartige Faszination aus. "Was es seinen Nachbarn lange Zeit unheimlich und manchmal gefährlich machte", so urteilte ein anderer Preußen-Forscher, Sebastian Haffner, "war viel weniger sein Militarismus als die Qualität seiner Staatlichkeit: seine unbestechliche Verwaltung und unabhängige Justiz, seine religiöse Toleranz und aufgeklärte Bildung." Preußen war immer ein Rechtsstaat, und der Wahlspruch "suum cuique" ("Jedem das Seine") stellte das "Bekenntnis zu einer gerechten sozialen Staatsordnung" dar, denn "Recht war Recht, und Unrecht war Unrecht, und dazwischen lag nichts als das sittliche Gesetz im Menschen und das Gesetz des Staates über dem Menschen".

Für den britischen Historiker Feuchtwanger schien deshalb Preußen "einzigartig in seiner Fähigkeit, ein Gefühl gegenseitigen Vertrauens zwischen Bürgern und Staat zu schaffen", und Oswald Spengler sinnierte ergänzend: "Demokratie bedeutet in England die Möglichkeit für jedermann reich zu werden, in Preußen die Möglichkeit, jeden vorhandenen Rang zu erreichen."

In der Tat waren es die klassischen preußischen Tugenden, die den Staat im 18. Jahrhundert zum modernsten Europas werden ließen: neben der Rechtsstaatlichkeit die Sparsamkeit, religiöse und weltanschauliche Toleranz, Pflichterfüllung und Dienst am Gemeinwesen.

Preußen nahm die Hugenotten und die Salzburger Protestanten auf, ja es war überhaupt das erste Land der Erde, das absolute Religionsfreiheit gewährte.

Als erstes Land der Erde führte es auch die Schulpflicht ein, schaffte die Pressezensur ab und schuf durch sein "Allgemeines Landrecht" die Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz.

Als eines der ersten Länder dieser Welt gab es auch den Juden volle Bürgerrechte, nicht zuletzt entstand die moderne, der übrigen Welt später als Vorbild dienende Sozialgesetzgebung Bismarcks unter der Führung Preußens.

Für den preußischen Staat und seine Verwaltung waren alle Einwohner "zunächst einmal preußische Untertanen. Und alsdann auch noch evangelische und katholische Christen oder Juden, und zuletzt waren sie auch noch Deutsche oder Polen." Preuße war man, wie zahlreiche bedeutende Persönlichkeiten aus seiner Geschichte zeigen - Freiherr vom Stein, Scharnhorst, Gneisenau, Fichte, Hegel und andere -, "nicht von Geblüt, sondern man wurde es durch Bekenntnis", oder, um noch einmal Oswald Spengler zu zitieren:

"Preußentum ist ein Lebensgefühl, ein Instinkt, ein Nichtanderskönnen ... Das Offizierskorps, das Beamtentum, die Arbeiterschaft Bebels, endlich 'das' Volk von 1813, 1870, 1914 fühlen, wollen, handeln als überpersönliche Einheit. Das ist nicht Herdengefühl; es ist etwas unendlich Starkes, Freies darin, das kein Nichtdazugehöriger versteht. Das Preußentum ist exklusiv."

Preußisch zu sein und zu handeln, das war im Laufe der letzten drei Jahrhunderte immer gleichbedeutend mit sauber, unbestechlich, anständig, gerecht, sparsam und pflichttreu. Preußentum galt als "Maßstab eines Wertes, nämlich des Wertes einer Lebensordnung ... in der ganzen Welt seit dem Tage, da dieser Begriff wissentlich geprägt wurde. Wollte man in der Vergangenheit einem Volke das höchste Prädikat für eine Lebensordnung geben, so fand man nichts höheres als das Adjektiv 'preußisch'."

So wurden etwa die Japaner als Preußen Ostasiens, die Bulgaren als die Preußen des Balkans und die Chilenen als Preußen Südamerikas bezeichnet, "wobei vermerkt werden muß, daß diese Werteinstufungen weder von Preußen noch überhaupt von deutschen Menschen vorgenommen wurden, sondern daß fremde Völker ihren Nachbarn, Freunden oder Feinden dieses anerkennende Zeugnis ausstellten."

Manche Historiker sind in den letzten Jahren nicht müde geworden, den Nationalsozialismus als die Fortsetzung des Preußentums darzustellen. Sie bedienten sich dabei - hoffentlich unbewußt - der NS-Propaganda, denn Hitler kündigte in seinen Reden häufig die "Wiederherstellung deutscher Größe in der Tradition Friedrichs des Großen und Bismarcks" an, und Reichsminister Dr. Goebbels beschwor seinen "Führer" als "die letzte Verkörperung einer langen preußischen Tradition". In Wirklichkeit aber waren es, wie schon erwähnt, gerade die Nationalsozialisten, die Preußen den Todesstoß versetzten.

Der nicht mehr existente Staat Preußen befindet sich dreihundert Jahre nach seiner Errichtung in einer ähnlichen Lage wie Polen zwischen 1795 und 1918, das letztlich wiedererstand, "weil seine Staatsidee über ein Jahrhundert hin am Leben blieb ...

Es könnte sein", so Preußen-Verehrer Schoeps, "daß Europa an Preußen ähnliches erleben wird, da sich eine historische Wirklichkeit nicht verbieten und nicht auflösen läßt. Das Fehlen Preußens bedeutet, daß ... dieser Staat seine europäische Funktion nicht mehr erfüllen kann, die in der Klammer- und Brückenbildung zwischen Ost und West bestanden hat."

Denn Preußen war "immer gleichzeitig Schutzwehr gegen den Osten und Brücke zwischen Ost und West". Und die "Zeit"-Herausgeberin Gräfin Dönhoff fügt ergänzend hinzu: "... ohne die staatsbildende Kraft Preußens und seiner Menschen kann ich mir auch die Bundesrepublik auf Dauer nicht gut vorstellen.

In Bayern mag es eine ältere Tradition, im Rheinland weit früher Kultur gegeben haben; aber einen Staat zu bauen, verschiedene Gebiete und Stämme zu integrieren, das hat nur Preußen zuwege gebracht."

De jure wurde Preußen 1947 von der Landkarte getilgt, aber die Werte und Tugenden, die sich

im Preußentum manifestieren, werden fortbestehen, denn "solange es ... Menschen geben wird, die der Verantwortlichkeit das persönliche Wohlergehen freudig opfern, solange wird es Preußen geben"! Anlässlich des 30. Jahrestages der Auflösung Preußens 1977 schrieb Helmut Damerau, der Herausgeber des Deutschen Soldatenjahrbuches:

"Preußen kann in Licht und Schatten vor Geschichte und Nachwelt in Ehren bestehen! Sein großes geistig-ethisches und historisches Erbe aber gehört der ganzen deutschen Nation."

Diesen Worten ist an Deutlichkeit kaum etwas hinzuzufügen.

Wohl am treffendsten aber kommen Preußentum und preußische Geisteshaltung zum Ausdruck in einem Gedicht, das der zum Tode verurteilte, später zu lebenslanger Haft begnadigte und dann vorzeitig entlassene Generaloberst Eberhard von Mackensen, Sohn des legendären Feldmarschalls, am 13. März 1947 in seiner Gefängniszelle in Italien verfaßte, nachdem er vom offiziellen Ende Preußens erfahren hatte:

"Mögt ihr den preußischen Staat zerschlagen, Preußen wird hoch aus den Trümmern ragen. Einer schon wollte uns Preußen stehlen, doch Preußen lebt zu tief in den Seelen. Preußen ist weder Volkstum noch Rasse, Preußen ist Haltung und niemals Masse. Preußen ist Pflicht nach Immanuel Kant. Preußen ist Treue zu Volk und Land, dienen der Sache bis in den Tod und: Griff zu den Waffen erst in der Not."<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete später (am 10.02.2007) über die völkerrechtswidrige Auflösung Preußens (x887/...): >>**Wie der preußische Staat endete**
Vor 60 Jahren löste der Alliierte Kontrollrat den "Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland" auf

Der Staat Preußen, der seit jeher Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland gewesen ist, hat in Wirklichkeit zu bestehen aufgehört. Geleitet von dem Interesse an der Aufrechterhaltung des Friedens und der Sicherheit der Völker und erfüllt von dem Wunsche, die weitere Wiederherstellung des politischen Lebens in Deutschland auf demokratischer Grundlage zu sichern, erläßt der Kontrollrat das folgende Gesetz:

Artikel I. Der Staat Preußen, seine Zentralregierung und alle nachgeordneten Behörden werden hiermit aufgelöst.

Artikel II. Die Gebiete, die ein Teil des Staates Preußen waren und die gegenwärtig der Oberhoheit des Kontrollrats unterstehen, sollen die Rechtsstellung von Ländern erhalten oder Ländern einverleibt werden.

Die Bestimmungen dieses Artikels unterliegen jeder Abänderung und anderen Anordnung, welche die Alliierte Kontrollbehörde verfügen oder die zukünftige Verfassung festsetzen sollte.

Artikel III. Staats- und Verwaltungsfunktionen sowie Vermögen und Verbindlichkeiten des früheren Staates Preußen sollen auf die beteiligten Länder übertragen werden, vorbehaltlich etwaiger Abkommen, die sich als notwendig herausstellen sollten und von der Alliierten Kontrollbehörde getroffen werden.

Artikel IV. Dieses Gesetz tritt mit dem Tag seiner Unterzeichnung in Kraft."

Es besteht ein breiter Konsens, daß dieses vor 60 Jahren erlassene Gesetz Nr. 46 des Alliierten Kontrollrates weniger ein Todesurteil, denn ein Totenschein des preußischen Staates war. Wenn jedoch der preußische Staat vorher schon zu existieren aufgehört hatte, stellt sich natürlich die Frage, wann. Hierauf gibt es eine Fülle von Antworten. Zweifellos ist im Vierten Koalitionskrieg von 1806/07 das alte Preußen untergegangen. Danach war Preußen jedoch in den Befreiungskriegen eine Wiedergeburt vergönnt.

Entsprechend der herrschenden Lehre war der 1815 auf dem Wiener Kongreß als Nachfolger des Heiligen Römischen Reiches gegründete Deutsche Bund ein Staatenbund, das 1871 gegründete Deutsche Reich hingegen ein Bundesstaat. Den Norddeutschen Bund lassen wir einmal als Interimslösung außen vor. Folgt man dieser Lehrmeinung, dann verlor Preußen

formaljuristisch mit der Reichsgründung seine Souveränität. Hans-Joachim Schoeps läßt deshalb die Zeit nach der Kaiserproklamation nur noch als "Nachgeschichte Preußens" gelten.

Nun läßt sich lange darüber diskutieren, ob in der Folgezeit eher Deutschland prussifiziert oder Preußen germanisiert wurde, ob es eher zu einer Verpreußung Deutschlands oder zu einem Aufgehen Preußens in Deutschland gekommen ist. War das Kaiserreich eher ein Großpreußen oder ein kleindeutscher Nationalstaat? Die Wahrheit liegt sicherlich irgendwo zwischen diesen Polen. Mit Sicherheit läßt sich jedoch feststellen, daß der Bundesstaat Preußen im Reich kein Gleicher unter Gleichen war. So stellte Preußen mit seinem König den höchsten Repräsentanten des Reiches, den Kaiser, der nicht ohne Macht war. Und auch schon rein äußerlich-optisch war die bevorzugte Stellung Preußens deutlich.

Der Reichsadler trug einen Brustschild, und der zeigte das Wappen Preußens. Zur Schwierigkeit der Standortbestimmung des Reiches zwischen den Polen Großpreußen und kleindeutscher Nationalstaat trug auch bei, daß sich der Führungskreis um den König und Kaiser Wilhelm I. noch nicht einmal selber einig war, was dieses Reich denn nun eigentlich sein sollte. Weiter erschwert wird die Verortung dadurch, daß das Kaiserreich in den Jahrzehnten seiner Existenz eine Entwicklung durchgemacht hat. Man denke nur an die Kaiser. Schon von ihrem Selbstverständnis her war Wilhelm I. im Vergleich zu seinem gleichnamigen Enkel zweifelsohne eher Preuße, während Wilhelm II. im Vergleich zu seinem Großvater ebenso zweifelsfrei eher Deutscher war.

Manche machen denn auch an der Ära des letzten Kaisers und Königs, am Wilhelminismus Preußens Ende fest. Zweifelsohne glänzte das wilhelminische Preußen und Deutschland nicht gerade durch preußische Bescheidenheit und Sparsamkeit. Nun gehört es allerdings auch zur ganzen Wahrheit, daß ein Armer eher bescheiden und sparsam leben kann als ein Reicher. Preußens Bescheidenheit und Sparsamkeit war ja nicht aus Jux und Tollerei frei gewählt, sondern aus der Not geboren.

Die sprichwörtliche märkische Streusandbüchse war mit Bodenschätzen nicht reich gesegnet, und wenn man dann wie der Große Kurfürst und in seiner Tradition der Soldatenkönig aus den Verwüstungen des Dreißigjährigen Krieges die Lehre zieht, daß ein großes stehendes Heer hermüsse, bleibt zu Bescheidenheit und Sparsamkeit kaum eine vernünftige Alternative. Im Gegensatz dazu hatte das wilhelminische Preußen wie Kaiser Wilhelms gesamtes Reich eine blühende Wirtschaft, wie Ehrhardt Bödecker völlig zu Recht und löblicherweise nicht müde wird, den Bundesbürgern vor Augen zu führen.

Dieser Blüte bereitete der Erste Weltkrieg ein jähes Ende, und böse Zungen behaupten, daß gerade dieses auch sein Zweck gewesen sei. Mit dem Wohlstand verloren die Preußen auch ihren König. Monarchistisch Gesinnte mögen nun dazu neigen, deshalb das Ende des preußischen Staates mit 1918 zu datieren. Mir dünkt das zu brandenburgzentrisch gedacht. Dafür scheinen zu viele Wurzeln der preußischen Ideale in den - nicht-monarchischen - Staat der Deutschen Ordensritter zu reichen.

Doch muß man nicht Anhänger der Monarchie sein, um das Ende des preußischen Staates am Ende des König- und des Kaiserreiches festzumachen, denn mit der Novemberrevolution verlor Preußen nicht nur seinen Monarchen, sondern auch seine durch die Verfassung verbriefte herausgehobene Rolle im Reich. Preußen stellte nicht mehr automatisch das Staatsoberhaupt des Reiches - und sein Schild zierte auch nicht mehr die Brust des Reichsadlers. Zumindest verfassungsrechtlich war es im Deutschen Reich nun Gleicher unter Gleichen.

Für viele eher linksgerichtete Beobachter endet der preußische Staat 1918 jedoch trotzdem nicht, sondern vielmehr fängt in ihren Augen die beste Phase der preußischen Geschichte jetzt erst an - die Ära des sogenannten roten Preußen. Vom "roten" Preußen spricht man, weil nach der Umwandlung des Königreiches in einen Freistaat in Preußen fast ausnahmslos die Weimarer Koalition mit Sozialdemokraten als Regierungschefs regierte.

Das "rote Preußen" endete mit dem sogenannten Preußenschlag, als per Reichsexekution der sozialdemokratische Ministerpräsident Otto Braun vom Deutschen Reich durch den nichtsozialdemokratischen Reichskommissar Franz von Papen ersetzt wurde. Vor allem Anhänger und Freunde des "roten Preußen" vertreten gerne die Ansicht, daß der ihnen verhaßte "Preußenschlag" mit dem "roten Preußen" auch gleich Preußen beendet habe. Sie entrüsten sich, daß die Reichsexekution ein verfassungswidriger Staatsstreich gewesen sei, der zum Ende des Staates geführt habe, loben aber die Novemberrevolution, die kaum weniger verfassungswidrig war.

Dabei könnte man den Spieß umdrehen und den beklagten Kontinuitätsbruch von 1932 als Versuch interpretieren, den Kontinuitätsbruch von 1918 zu revidieren. So beschreibt der renommierte Historiker Horst Möller die Reichsexekution als "einen Versuch der politischen und gesellschaftlichen Restauration der 1918/19 revolutionierten Strukturen und ihrer politischen Führungsschicht".

Nun ließe sich seitens der Anhänger von Novemberrevolution und "rotem Preußen" argumentieren, daß die Revolution von innen kam und die Reichsexekution von außen, nämlich vom Reich. Das wäre aber spitzfindig, denn Preußen war das mit Abstand größte Land des Reiches und der Reichskommissar Franz von Papen sowie der Reichspräsident Paul von Hindenburg, mit dessen Amtsautorität die Reichsexekution durchgeführt wurde, waren nicht weniger Preußen als der abgelöste Ministerpräsident Otto Braun. Und wenn wir schon bei Spitzfindigkeiten sind: Der Reichskommissar war nur eine Interimslösung. Schon 1933 bekamen die Preußen wieder einen eigenen Ministerpräsidenten - Hermann Göring.

Wie die Novemberrevolution von 1918 brachte auch die "nationale Revolution" von 1933 eine Stärkung der Zentralgewalt im Deutschen Reich auf Kosten der Bundesstaaten beziehungsweise Reichsländer. Und so bietet denn die NS-Zeit diverse Daten, an denen man einen Verlust an Staatlichkeit festmachen kann. Genannt sei hier das Gesetz über den Neuaufbau des Reiches von 1934 oder das Reichsstatthaltergesetz von 1935.

Ganz anders wird hinsichtlich des 20. Juli 1944 argumentiert. Vor allem im eher konservativen Lager wird Preußens Ende gerne an der blutigen Rache des NS-Regimes nach dem mißglückten Hitler-Attentat festgemacht, dem in überdurchschnittlichem Maße Angehörige der traditionellen preußischen Oberschicht angehörten.

Immerhin waren laut dem Internet-Lexikon "Wikipedia" von insgesamt 200 später wegen der Erhebung Hingerichteten einer Generalfeldmarschall, 19 Generäle, 26 Obersten, zwei Botschafter, sieben weitere Diplomaten, einer Minister, drei Staatssekretäre, einer der Chef der Reichskriminalpolizei sowie mehrere Oberpräsidenten, Polizeipräsidenten und Regierungspräsidenten. Mehr als zwei Drittel derjenigen, die am 20. Juli 1944 in der einen oder anderen Form mitwirkten, sind einer Schätzung Gerd Heinrichs zufolge dem preußischen Milieu im Reich zuzurechnen.

Stalin begnügte sich nicht mit Hunderten, sondern hat alleine beim Massaker von Katyn Tausende von Polen umbringen lassen, und auch hier gehörten viele der Funktionselite an. Polen hat einen Aderlaß von Tausenden Angehörigen der staatstragenden Elite überlebt, sollte da die Tötung von 200 das Ende Preußens bedeutet haben?

Schwerwiegender war da die Eroberung und Besetzung durch die Alliierten. Erstmals seit dem Vierten Koalitionskrieg in der napoleonischen Zeit war Preußen erobert und besetzt. Wie die Alliierten hatte auch schon Napoleon Preußen auflösen wollen. Damals hatte allerdings Rußland dieses verhindert.

Eine solche Großmacht, die sich für Preußen stark machte, fehlte jedoch jetzt. Schon vor der offiziellen Auflösung Preußens, also der Erlegung des Bären, wurde sein Fell verteilt. Die Sowjetunion teilte den Osten Preußens zwischen sich und Polen auf, und die Westalliierten gründeten auf dem Boden des westlichen Teils Preußens neue Länder.

Stalin machte jedoch etwas, daß noch nicht einmal Napoleon in Erwägung gezogen hatte. Er vertrieb das Staatsvolk vom territorialen Kern und Namensgeber Preußens.

Am 25. Februar 1947 wurde der preußische Staat dann durch General Pierre Koenig für Frankreich, Marschall Wassiliy D. Sokolowski für die Sowjetunion, Generalleutnant Lucius D. Clay für die USA und Generalleutnant Sir Brian Robertson für Großbritannien mit ihrer Unterschrift unter das Kontrollratsgesetz Nr. 46 auch formell aufgelöst. Eine zeitgleiche Reeducation (Umerziehung) hatte begleitend dafür Sorge zu tragen, daß anders als nach dem Frieden von Tilsit erst gar nicht der Wunsch nach einer Renaissance Preußens aufkommt.<<

Bilanzierung und Bewertung der Liquidierung des preußischen Staates

Am 25. Februar 1947 führte der Alliierte Kontrollrat die Liquidierung des preußischen Staates - Kontrollratsgesetz Nr. 46 - durch (x056/33): >>Der Staat Preußen, der seit jeher Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland gewesen ist, hat in Wirklichkeit zu bestehen aufgehört.

Geleitet von dem Interesse an der Aufrechterhaltung des Friedens ... (bestimmt) der Kontrollrat ... Art. I: Der Staat Preußen, seine Zentralregierung und alle nachgeordneten Behörden werden hiermit aufgelöst. ...<<

Die Besatzungsmächte erließen damals ein völkerrechtswidriges Gesetz, denn bei dieser willkürlichen Auflösung Preußens handelte es sich eindeutig um einen Verstoß gegen die Haager Landkriegsordnung (x063/635).

Der deutsche Publizist Sebastian Haffner (1907-1999) berichtete später über die Liquidierung des preußischen Staates (x056/33): >>... Nach der "goldenen Preußenlegende" war das oberste Ziel der preußischen Könige von Anfang an die Einigung Deutschlands.

Die "schwarze Preußenlegende" wollte in Preußen nichts als räuberischen Militarismus sehen, (sie will) in Friedrich und Bismarck heute noch Vorläufer Hitlers sehen ...

Beide sind Propaganda von einst ... Preußen hatte keine deutsche Sendung; im Gegenteil, der Verfall des Reiches war Preußens Aufstieg. ...

Was es ... lange Zeit unheimlich und ... gefährlich machte, war viel weniger sein Militarismus als die (Vorzüge) seiner Staatlichkeit: ... unbestechliche Verwaltung und unabhängige Justiz, ... religiöse Toleranz und aufgeklärte Bildung, Preußen war ... (im 18. Jahrhundert) ... nicht nur der neueste, sondern auch der modernste Staat Europas.<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete später (am 22.12.2001) über Preußen (x887/...): >>**Mehr als ein Staat - eine Idee**

Zum 300. Jahrestag der Gründung des Königreichs Preußen

Preußen, das stellt für im gegenwärtigen Zeitgeist verhaftete Deutsche ein Reizwort dar, verbunden mit Attributen wie Militarismus, Kadavergehorsam oder auch Autoritätshörigkeit. Für andere hingegen ist Preußen gleichbedeutend mit Tugenden wie Pflichtbewußtsein, Toleranz und Sparsamkeit.

Dreihundert Jahre nach der Gründung des Königreiches Preußen und mehr als ein halbes Jahrhundert nach der offiziellen Auflösung des zu jenem Zeitpunkt schon gar nicht mehr existierenden Staates scheiden sich noch immer die Geister an diesem geschichtlichen Phänomen, wird weiter darum gestritten, wie jenes Gebilde, das nach den Worten Hermann Rauschnings, des Präsidenten des Senats der Freien Stadt Danzig, nicht nur ein Staat, sondern eine Idee war, historisch einzuordnen ist. ...

De jure wurde Preußen 1947 von der Landkarte getilgt, aber die Werte und Tugenden, die sich im Preußentum manifestieren, werden fortbestehen, denn "solange es ... Menschen geben wird, die der Verantwortlichkeit das persönliche Wohlergehen freudig opfern, solange wird es Preußen geben"! Anlässlich des 30. Jahrestages der Auflösung Preußens 1977 schrieb Helmut Damerau, der Herausgeber des Deutschen Soldatenjahrbuches:

"Preußen kann in Licht und Schatten vor Geschichte und Nachwelt in Ehren bestehen! Sein großes geistig-ethisches und historisches Erbe aber gehört der ganzen deutschen Nation."

Diesen Worten ist an Deutlichkeit kaum etwas hinzuzufügen.

Wohl am treffendsten aber kommen Preußentum und preußische Geisteshaltung zum Ausdruck in einem Gedicht, das der zum Tode verurteilte, später zu lebenslanger Haft begnadigte und dann vorzeitig entlassene Generaloberst Eberhard von Mackensen, Sohn des legendären Feldmarschalls, am 13. März 1947 in seiner Gefängniszelle in Italien verfaßte, nachdem er vom offiziellen Ende Preußens erfahren hatte:

"Mögt ihr den preußischen Staat zerschlagen, Preußen wird hoch aus den Trümmern ragen. Einer schon wollte uns Preußen stehlen, doch Preußen lebt zu tief in den Seelen. Preußen ist weder Volkstum noch Rasse, Preußen ist Haltung und niemals Masse. Preußen ist Pflicht nach Immanuel Kant. Preußen ist Treue zu Volk und Land, dienen der Sache bis in den Tod und: Griff zu den Waffen erst in der Not."<<

Schlußbemerkungen: Die Liquidierung des preußischen Staates durch die Besatzungsmächte war eindeutig völkerrechtswidrig, denn bei dieser willkürlichen Auflösung Preußens handelte es sich eindeutig um einen Verstoß gegen die Haager Landkriegsordnung (x063/635).

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schrieb später über die Liquidierung des preußischen Staates (x063/615): >>Um den Weltfrieden für immer zu sichern, erließ der Alliierte Kontrollrat am 25. Februar 1947 ein Gesetz (gebilligt vom Rate der Außenminister am 10. März), durch das "Preußen" aufgelöst wurde.

Es hieß in diesem – völkerrechtswidrigen – Dekret: "Preußen, das von jeher Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland war, hat in Wirklichkeit zu bestehen aufgehört."

Damit wurde eine Geschichtslegende, wie sie schon in Wilsons dritter Note vom 23. Oktober 1918 (und in der gesamten alliierten Ersten Weltkriegspropaganda) zum Ausdruck kam, international sanktioniert. Die erhoffte Folge des Ewigen Friedens hat sich allerdings noch nicht eingestellt.

Preußen lebt weiter im Bewußtsein von Historikern, von Schriftstellern und Dichtern. Es lebt auch weiter in Einrichtungen wie Preußischer Kulturbesitz ...<<